

Zeitschrift:	Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse = Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II. Referate und Mitteilungen des SJV
Herausgeber:	Schweizerischer Juristenverein
Band:	20 (1901)
Rubrik:	Protokoll der 39. Jahresversammlung des Schweizerischen Juristenvereins

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Protokoll

der

39. Jahresversammlung des Schweizerischen Juristenvereins

abgehalten

den 23. und 24. September 1901 in Zug.

Verhandlungen vom 23. September 1901.

I.

Der Präsident, Herr Bundesgerichtspräsident Dr. *J. Winkler*, eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Verehrte Kollegen!

Wollen Sie mir zunächst einige Worte gestatten mit Bezug auf die zwei Resolutionen, welche der Verein an seiner letztjährigen Versammlung gefasst hat. Die eine der selben hatte folgenden Wortlaut:

„Der Schweizerische Juristenverein spricht sich dafür aus, dass ein Bundesgesetz über den Erwerb von Fähigkeitsausweisen zur Ausübung des Anwaltsberufes in der ganzen Schweiz erlassen und dass mit der Anhandnahme dieser Gesetzesarbeit nicht bis zum Inkrafttreten der in Vorbereitung befindlichen Civilgesetze zugewartet werde.“

Sie wissen, meine Herren, dass der Verein in ungewöhnlich zahlreich besuchter Versammlung dieser Resolution einhellig zugestimmt hat; die Delegierten der Obergerichte der meisten grösseren Kantone und der Schweizerische Anwaltsverband haben sich fast gleichzeitig mit dem Juristenverein im nämlichen Sinne ausgesprochen. Das Bundesgericht hat im Geschäftsberichte pro 1900 die Resolution des Juristenvereins ausdrücklich unterstützt. Es ist also in den zur Beurteilung

der Sache doch wohl am meisten berufenen Kreisen die Auffassung eine übereinstimmende und entschiedene. Die Anregung hat denn auch noch besondere Befürwortung gefunden seitens der ständerätslichen Geschäftsprüfungskommission. Der Bundesrat aber scheint dermalen nicht geneigt zu sein, für das gewünschte Gesetz bei den eidgenössischen Räten einen Entwurf einzubringen, und er scheint des weitern — ganz im Gegensatze zu der Resolution in ihrem zweiten Satzteile — dafür zu halten, dass vorerst das Inkrafttreten oder doch die weitere Förderung der Civilgesetze abzuwarten sei.

Wir sind durchaus der Ansicht, dass im Gebiete der Rechtsgesetzgebung die Kodifikation des Civilrechts die erste und grösste Sorge der Bundesbehörden sei. Bei dem regen Eifer, mit dem der Entwurf in den verschiedenen Schichten des Volkes behandelt wird, der günstigen Aufnahme, die er allenthalben findet, der eminenten Wichtigkeit der dabei beteiligten Landesinteressen wird alles aufgeboten werden müssen, um dieses nationale Werk nun zur Vollendung zu bringen. Aus solcher Anschauung ergäbe sich dann, dass alle Gesetzesarbeiten zurückzulegen sind, die entweder in innerem Zusammenhange mit dem Civilrechte stehen oder die aus einem andern Grunde nicht wohl neben demselben besorgt werden können. Das erstere trifft z. B. zu bezüglich des eidgenössischen Expropriationsgesetzes, für dessen Revision der Nationalrat in der Sommersession des Jahres 1900 ein Postulat gestellt hat. Es besteht in der That zwischen dem Rechte der Enteignung und dem Sachenrechte ein enger innerer Zusammenhang, gerade auch bezüglich solcher Punkte, in denen das Expropriationsgesetz als besonders revisionsbedürftig bezeichnet worden ist, so bezüglich der Frage, ob ein Entschädigungsanspruch zuzulassen sei auch für Nachteile, welche einem Privaten durch den Entzug eines Rechtes auf den Gebrauch einer öffentlichen Sache entstehen; ferner bezüglich der Frage, ob die blosse öffentliche Auflage der Expropriationspläne eine genügende Grundlage für das ganze Expropriationsverfahren bilde. Es dürfte sich daher um so eher empfehlen, mit der Änderung des Expropriationsgesetzes

bis nach der einheitlichen Kodifikation des Sachenrechtes zuzuwarten, als eine genaue Prüfung der Fassung des Gesetzes zeigt, dass eine Modifikation bloss einzelner Bestimmungen unthunlich ist, die Arbeit also zu einer Totalrevision sich ausgestalten müsste, und als anderseits das Gesetz trotz der Verbesserungsfähigkeit einzelner Partien und trotz seines respektablen Alters von über einem halben Jahrhundert noch ein brauchbares und klares ist, und seine Lücken durch eine im Ganzen doch konsequente Praxis ausgefüllt worden sind.

Was das Advokatengesetz betrifft, so ist der Unterschied vom Expropriationsgesetze zunächst der, dass es sich bei dem erstern um eine einem tief und allgemein empfundenen Bedürfnisse entgegenkommende Neuschaffung handelt, während wir für die Expropriation ein praktikables Gesetz, wie erwähnt, bereits besitzen. Allein abgesehen hievon, so besteht zwischen einem Advokatengesetze und dem Civilrechte kein solcher innerer Zusammenhang, wie zwischen dem Expropriationsgesetze und dem Civilrechte. Es ist im Gegenteil schon früher nachgewiesen worden und, soweit wir zu sehen vermögen, unwiderlegt geblieben, dass auch bei dem jetzigen Zustande des materiellen Rechts in der Schweiz ein passender Prüfungsstoff und ein zweckmässiger Prüfungsmodus sich ganz wohl schaffen lassen. Dass die Vorlegung eines Advokatengesetzes dem Civilrechte in der öffentlichen Meinung schaden könnte, etwa wegen der Abneigung des Volkes gegen zu starke Kumulation neuer Bundesgesetze, das ist kaum zu befürchten. Die öffentliche Meinung wird ein Bundesgesetz über das Anwaltswesen wohl in jedem Stadium begrüssen, da ein solches Gesetz ja augenscheinlich im Interesse des rechtsuchenden Publikum liegen wird. Die zuwartende Haltung wird sich daher hauptsächlich dadurch erklären, dass die h. Behörde die Organe, welche ein Advokatengesetz vorzubereiten hätten, als durch die Arbeiten für das Civilrecht vollauf in Anspruch genommen betrachtet. Einer solchen Erwägung würde Rechnung zu tragen sein, zumal es ja — wir wollen nichts übertreiben — nicht gerade eine Kardinalfrage für die Schweiz ist, ob ein Advokatengesetz einige

Jahre früher oder später zu stande komme. Um so berechtigter wird dann aber auch die Erwartung sein, dass, sobald das doch mehr äussere und zufällige Hindernis hinweggefalen, der Erlass des gewünschten Gesetzes ohne Verzug werde an die Hand genommen werden.

Die zweite der in St. Gallen gefassten Resolutionen lautete wie folgt;

„Der Vorstand wird eingeladen, im Laufe der kommenden Vereinsjahre die Frage der Thunlichkeit der Unifikation des Civilprozesses in der Schweiz rechtsvergleichend untersuchen zu lassen.“

In Ausführung dieses Auftrages hat sich der Vorstand an die Herren Professor Zürcher und Oberrichter Schurter in Zürich, welche beide schon spezielle Studien in der Materie gemacht haben (bezüglich des Herrn Schurter erinnern wir an seine umfassende Dissertation über das Beweisrecht in den schweizerischen Civilprozessgesetzen), mit der Anfrage gewendet, ob sie geneigt wären, an die Aufgabe heranzutreten, und er hat eine bejahende Antwort erhalten. Ueber das Programm, das die beiden Herren sich stellen, sind dem Vorstande einige Mitteilungen gemacht worden, welche hier zu eröffnen nicht notwendig erscheint; immerhin darf bemerkt werden, dass Herr Dr. Schurter eine systematische Darstellung der schweizerischen Gerichtsstandslehre bereits in Angriff genommen hat. Diejenigen von Ihnen, welche an der Versammlung in St. Gallen teilgenommen haben, werden sich erinnern, dass die Resolution dort nur nach lebhafter Debatte mit 78 gegen 35 Stimmen beschlossen worden ist. Aber die damalige Mehrheit und Minderheit werden dann mit Freuden wahrgenommen haben, dass die von mehreren Votanten geäusserte Befürchtung, es könnte der Erlass der Resolution angesichts des dermaligen Textes der Bundesverfassung im Volke einen übeln Eindruck machen, nicht in Erfüllung gegangen ist. Im Gegenteil hat die Presse ohne Unterschied der Partei, diejenige der Ostschweiz sowohl als der Westschweiz, soweit sie sich mit der Sache überhaupt befasst hat, den Beschluss als einen zeitgemässen anerkannt.

Und auch Professor Meili hat in seiner neuesten Schrift „die Kodifikation des Schweizerischen Privat- und Strafrechts“, welche er anlässlich der heutigen Tagung dem Juristenvereine widmet, sich dahin ausgesprochen, dass der Verein in St. Gallen sehr richtig gehandelt habe, namentlich auch hinsichtlich der Art des Verfahrens. „Die Vergleichung,“ sagt Meili, „ist die Vorstation der Ausgleichung.“ Dem Sprechenden aber gereicht es zu einiger Befriedigung, dass in der Zeit, während der er den Vorsitz im Vereine zu führen die Ehre hatte, wenigstens der erste Schritt zur Vorbereitung der Prozessunifikation gethan worden ist.

Lassen Sie uns nun der Vereinsmitglieder gedenken, die wir seit der letzten Jahresversammlung durch den Tod verloren haben.

Oberrichter *Schäppi* in Zürich hat als ein gewissenhafter und bescheidener Mann seines Amtes gewaltet und allgemeines, unbedingtes Zutrauen genossen.

Dr. *Alois Sigrist* in Luzern war eine zurückhaltende, wenig zugängliche Natur, nach aussen nicht sehr bekannt; an den Versammlungen des Juristenvereins hat er wohl nur selten Teil genommen. Aber er war ohne Frage ein ganz hervorragender, klassisch-romanistisch gebildeter Jurist, von absoluter Selbständigkeit; eine Hauptzierde des luzernischen Obergerichts hat er die Auszüge aus den grundsätzlichen Entscheiden des Gerichts für die Jahre 1863—1871, während welcher Zeit er dem Gerichte noch nicht angehörte, herausgegeben und nachher an der amtlichen Herausgabe mitgewirkt.

Nur einige Tage vor unserer Versammlung ist Alt-Landammann und Ständerat *Theodor Wirz* in Sarnen seinem langwierigen, geduldig ertragenen Leiden erlegen. Die Laufbahn, die ihm bestimmt war, hat naturgemäß mehr seine staatsmännischen als die eigentlich juristischen Fähigkeiten in Anspruch genommen; während drei Dezennien hat er an der Spitze seines Kantons gestanden und der Bundesversammlung angehört, als Nationalrat und als Ständerat, 1884/85 als Präsident des letzteren. Wirz war übrigens ein gründlich gebildeter Jurist. Er hat es bewiesen, z. B. durch seine gesetz-

geberischen Arbeiten, von denen wir hier blass den von ihm verfassten ständerälichen Kommissionalbericht zum Eisenbahn-Rechnungs-Gesetz von 1883 erwähnen wollen. Sein hohes Interesse an der Rechtspflege hat er dadurch bekundet, dass er die praktische öffentliche Thätigkeit mit der Führung des Präsidiums des Kriminalgerichts begonnen und als Obergerichtspräsident abgeschlossen hat. Des Verstorbenen blühend rhetorische Beredsamkeit — wir erinnern an die prächtige Rede anlässlich der Genfer Landesausstellung von 1896 — war getragen von einer warmen, aufrichtigen, werkthätigen Vaterlandsliebe. Mit unwandelbarem Vertrauen war das Obwaldner Volk dem nun verewigten Landammann wie einem Vateranhänglich geblieben.

Dr. *Karl Burckhardt-Burckhardt*, Appellationsrichter und Alt-Regierungsrat in Basel, ein scharfsinniger, feiner Kopf, eine noble Persönlichkeit, besonders geschätzt auch wegen seines Talentes für ebenso klare und präzise als elegante Redaktion.

Dr. *Ed. Thurneysen* in Basel war anfangs in der Verwaltung thätig, nachher Statthalter des Civilgerichts und Staatsanwalt. Vom Jahre 1868 bis 1890, also während 22 Jahren, hat er das Präsidium des Strafgerichts geführt. Anlässlich des Rücktrittes vom Amte bezeichnete die Basler Advokatenkammer in einer Adresse seine Geschäftsführung als mustergültig und für die Entwicklung des Basler Rechtslebens hochbedeutsam. Auch litterarisch war Thurneysen thätig, auf historischem und juristischem Gebiete. Es seien erwähnt seine Arbeiten über den Basler Civilgesetz-Entwurf und die Strafprozessordnung. Zum Entwurfe von Stooss hat der Verstorbene in der Zeitschrift für schweizerisches Strafrecht ebenfalls Stellung genommen.

Dr. *August Frey* in Basel, ein Freund des vor zwei Jahren von uns geschiedenen Dr. Blanchet, war längere Zeit in der Staatsanwaltschaft thätig, bis schwere Krankheit ihm alle Arbeit verunmöglicht hat.

In den letzten Tagen starb in St. Gallen *August Suter*, ein ausserordentlich begabter Jurist und Anwalt, ein Meister

der Darstellung. In jüngern Jahren hat er wiederholt Fragen des Verkehrsrechts in Anlehnung an schwierige Rechtsfälle litterarisch behandelt. In einer Sammlung von Entscheiden des Kantons- und des Kassationsgerichts aus den Jahren 1839—1866 veröffentlichte er eine geschätzte Darstellung der kantonalen Civilrechtspflege. Bekanntlich hat Suter auch eine politische Rolle gespielt und zu zwei verschiedenen Malen dem Nationalrat angehört; im Jahre 1890 war er Präsident desselben.

Albert Kunkler, früher Advokat, später Bezirksgerichtsschreiber in St. Gallen, war während einer Amtsperiode Mitglied des schweizerischen Nationalrates. Durch den Wechsel der Schicksale hindurch hat er bis an sein verhältnismässig frühe eingetretenes Ende sein gutmütiges, biederer Wesen und seine Arbeitslust sich unversehrt erhalten.

In Aarau wurden zwei Männer, die sich im Leben anwaltlich, gesellschaftlich und in Behörden oft begegnet hatten, am gleichen Tage zur ewigen Ruhe bestattet:

Fürsprech Dr. *Otto Blattner*, der loyale Anwalt und hochangesehene Bürger; ein überaus fleissiger, Allen sympathischer Besucher unserer Vereinsversammlungen hatte er noch an der zweitletzten derselben als Berichterstatter der Rechnungskommission funktioniert; und

Fürsprech *Erwin Kurz*, ein Freund des Sprechenden von der Hochschule her. Der Name Kurz war im ganzen Lande bekannt. Ein geschätzter und sehr gewandter Anwalt war er doch vielleicht noch in höherm Masse Politiker und Parlamentarier, mit jungen Jahren schon Präsident des Nationalrates, in der Volksversammlung und im Ratsaal ein überzeugter und beredter Vertreter der demokratischen Grundsätze. Bei der Behandlung des Bundesgesetzes über Schuld-betreibung und Konkurs war er Mitglied der nationalrätlichen Kommission und es ist damals seine erfolgreiche Thätigkeit für redaktionelle Bereinigung des Gesetzes wiederholt rühmend erwähnt worden. Früher ein eifriger Truppenoffizier, ist Kurz als Oberst dann zur Militärjustiz versetzt worden, war zunächst Präsident des Militärkassationsgerichts und seit dem Tode von Cornaz im Jahre 1896 Stellvertreter des Oberauditors.

Adolphe Burgener in Visp war ein erfahrener, wohlbedachter, gewissenhafter und daher viel in Anspruch genommener Anwalt und Geschäftsmann.

Alph. Du Pasquier in Neuchâtel, vornehm in Charakter und Erscheinung, hochgeachtet, bedeutender Rechtsanwalt, hat auch den Behörden seiner Vaterstadt und dem Grossen Rat als eines der angesehensten Mitglieder angehört. Den verschiedenen Bestrebungen im öffentlichen Leben, der Kunst, der Wohlthätigkeit, hat er sich uneigennützig gewidmet.

Advokat *Louis Lugeon* in Genf war, was um so anerkennenswerter, durch Selbststudium zu einer geachteten Stellung gelangt.

Im Kanton Waadt starben diesen Sommer kurz nacheinander zwei Mitglieder des Kantonsgerichts:

Théophile Monod, ein gemütlicher, sanfter Charakter, im Kreise seiner Freunde unter dem schönen Beinamen „le bon Théo“ bekannt. Als Richter wurde ihm grosse Gewissenhaftigkeit und besonders minutöses Aktenstudium nachgerühmt.

Frédéric Guex, früher vorzüglicher Kantonsgerichtsschreiber, ein Mann von hoher Intelligenz, umfassender Kenntniss der juristischen Litteratur, auch mit deutscher Universitätsbildung ausgestattet, von entschiedenem Wesen und daher im Kollegium von anerkannter Autorität.

„Mitten im Leben sind wir vom Tode umfangen,“ so müssen wir mit dem St. Galler Mönche sagen, wenn wir daran denken, wie plötzlich *Charles Soldan* und *Joseph Morel* uns entrissen worden sind. Soldan starb am Abend des 16. November, am Arbeitstische vom Schlage getroffen. In einer Nachmittagssitzung des Bundesgerichts vom 12. Dezember hat Morel, der Sprechende wird es nie vergessen, an seiner Seite in einem schwierigen Ausbürgerungshandel votiert, mit wunderbarer Frische, mit vollkommener Beherrschung des Stoffes sowohl als der gesamten bundesgerichtlichen Rechtsprechung. Folgenden Tages war er eine Leiche. Wenige Stunden vor seinem Erlöschen hatte ihm der Präsident der Bundesversammlung, als bei der Gesamterneuerung des Bundesgerichts, da Morel eine Wiederwahl ablehnte, sein Nachfolger

gewählt wurde, den Dank des Landes ausgesprochen und einen langen und glücklichen Genuss des otium cum dignitate gewünscht.

Es kann sich hier nicht darum handeln, ein Lebensbild der beiden dahingeschiedenen Freunde zu zeichnen.

Wir wollen nicht des weitern davon sprechen, wie Soldan, aus dem Bureau Ruchonnet als dessen Lieblingsschüler hervorgegangen, mit 26 Jahren Mitglied, mit 29 Jahren Präsident des waadtländischen Kantonsgerichts, mit 34 Jahren Staatsratspräsident war; wie er im Jahre 1890 im Alter von 35 Jahren zum Mitgliede des Bundesgerichtes gewählt wurde, dem er in den Jahren 1897 und 98 als Präsident vorstand, wie er Mitglied wichtiger Schiedsgerichte und eidgenössischer Gesetzeskommissionen, Mitarbeiter an den internationalen Konferenzen für geistiges und gewerbliches Eigentum war. Hervorgehoben sei, dass in allen Stellungen, die er einnahm, seine Leistungen hervorragende waren. In einer ursprünglich deutschen, dann aber im Waadtland eingebürgerten Familie in Lausanne geboren und aufgewachsen, hat er romanische und germanische Bildung und Wissenschaft im gleichen Masse besessen, eine Eigenschaft, die gerade für einen schweizerischen Juristen und eidgenössischen Magistrat von eminentem Werte war. Die zum Teil wichtigen provisorischen Verfügungen, die er als Präsident der staatsrechtlichen Abteilung des Bundesgerichtes zu erlassen hatte, pflegte er einlässlich zu motivieren; man kann sagen, dass er eine wahre Jurisprudenz der provisorischen Verfügungen geschaffen hat; je nach der Sprachzugehörigkeit der Parteien redigierte er diese Verfügungen deutsch oder französisch mit gleicher Vollkommenheit des Ausdruckes.

Soldan war eine lehrhafte Natur; und er hat denn auch Zeit gefunden, neben dem bekanntlich arbeitsreichen Amte des Bundesrichters an der Universität Lausanne zu lesen über Haftpflichtgesetzgebung und über öffentliches schweizerisches Recht, insbesondere über die Organisation der Bundesrechtspflege; sehr richtig hat einer seiner Biographen bemerkt: „auch als Referent über einen Processfall war Soldan ein

Lehrer des Rechts, der in behaglicher Breite der Darstellung, doch stets in anziehender schöner Form seine Gedanken entwickelte und zum sicheren Urteilsschlusse gelangte.“ Zudem waren seine Kenntnisse nicht nur umfassend, sondern genau bis in alle Einzelheiten hinein und wohlgeordnet wie überhaupt alles in ihm und um ihn, so dass sie ihm jederzeit zur Verfügung bereit standen.

Der zwei bekanntesten wissenschaftlichen Arbeiten Soldan's hat der damalige Präsident des Bundesgerichts am offenen Grabe mit folgenden Worten gedacht: „Die Ausgabe des Obligationenrechts in zweiter Auflage, welche eine mit wahrhaft philologischer Akribie durchgeföhrte Darstellung der Abweichungen des deutschen und französischen Textes des Obligationenrechts enthält und dadurch wertvolle Fingerzeige wie für die Auslegung des Gesetzes, so auch für die schweizerische Gesetzgebungstechnik giebt, und sein Kommentar zu den Fabrikhaftpflichtgesetzen, dieses Büchlein, das für die Gerichte, die sich häufig mit Haftpflichtsachen zu beschäftigen haben, zu einem Gegenstande des täglichen Gebrauchs, zu einem Hilfsmittel, das sie nicht mehr entbehren möchten, geworden ist.“ Wir fühlen es wohl, meine Herren, dass uns für das heutige Diskussionsthema in Soldan einer der kompetentesten Mitberater fehlt.

Von den übrigen schriftstellerischen Leistungen Soldans erwähnen wir den Aufsatz über die Auslieferung politischer Verbrecher, schon 1882 in der Pariser Revue générale du droit erschienen, immer noch eine der besten klarsten Schriften in dieser Materie, und die Monographie über das Verhältnis des Obligationenrechts zum kantonalen Rechte, 1896, für die Praxis von grossem Werte, so lange der Dualismus fortbestehen wird.

Von 1888—1898 war Soldan Redakteur des Journal des Tribunaux; im Jahre 1884 hat er dem Juristenverein ein Referat über die civilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter erstattet; in früheren Jahren war er an den Versammlungen wiederholt als Protokollführer thätig; seit dem Jahre 1892 gehörte er dem Vereinsvorstande an, in den letzten drei Jahren als Vicepräsident; und für die

nächsten drei Jahre würde ihm der Verein mit grösstem Zutrauen die Präsidialleitung übertragen haben.

In treffender Weise ist das Verdienst Soldans um Lehre und Anwendung des Rechts, seine fruchtbare wissenschaftliche und praktische Thätigkeit hervorgehoben worden in dem Doktordiplome, das ihm die Universität Basel im Jahre 1896 honoris causa erteilt hat.

Soldan hat auch gründliche historische Studien betrieben und mit Recht als einer der besten Kenner der Geschichte seines Kantons Waadt gegolten. Der Verbindung Helvetia hat er vor einigen Jahren einen Aufsatz über die unblutige Waadtländer Revolution von 1845 gewidmet. Selbst musikalischen Bestrebungen hat der edle Mann gehuldigt, z. B. auch als langjähriger Präsident des Lausanner gemischten Chores.

Wer das Wirken und Schaffen Soldans aus der Nähe zu beobachten im Falle war und sich dasselbe nun rückerinnernd zu vergegenwärtigen sucht, der möchte fast an die enorme Produktivität und an die Allseitigkeit eines Leibnitz oder Hugo Grotius denken. Das alles war freilich nur möglich dank der Gabe seltener Leichtigkeit der Arbeit, welche die Natur unserem Freunde verliehen hatte. Uns bleibt nur übrig, ihn zu bewundern, aus seinen Werken zu schöpfen, und ein jeder nach Massgabe seiner Kräfte ihm nachzustreben. Der Schweizerische Juristenverein aber, der von Soldan noch so manchen Dienst erwarten durfte, hat an ihm eine Zierde und eine Stütze verloren.

Wie Charles Soldan so hat auch Joseph Morel die Versammlungen unseres Vereins regelmässig besucht; nur zwei Mal in den letzten Jahren musste er — mit schwerem Herzen — auf die Teilnahme verzichten; es war in Chur und in Freiburg; und immer, wenn Morel abwesend war, hatte man das Gefühl, als ob der Versammlung ein wesentliches Element, ihr Schmuck sozusagen, fehlte. Welche Freude hat es daher allen Mitgliedern bereitet, als sie ihn vor einem Jahre in St. Gallen wieder in ihrer Mitte begrüssen konnten! Der Vorstand des Vereins hat ihm damals, wie nachher der Sprecher der Behörde, aus ganzem Herzen ein *ad multos annos* zugerufen.

Morel war einer der populärsten Männer der Schweiz; seine Laufbahn, die politische und die richterliche, wie sein Hauptwerk, sind in weitesten Kreisen bekannt, auch in den Reden an der grossartigen Leichenfeier in St. Gallen einlässlich geschildert und gefeiert worden. „Morel war,“ sagt Leo Weber in seinem Nekrolog, „einer der Lieblinge des schweizerischen Volkes. Mit Ehrfurcht, Freude und Stolz sah unser Volk zu ihm auf; es freute sich, wenn ihm Gelegenheit geboten war, die ehrwürdige Gestalt dieses Richters mit dem feingeschnittenen wohlwollenden Antlitz zu erblicken.“ Nachdem Morel im Jahre 1870 in das frühere Bundesgericht gelangt war, erfolgte bei der Umbildung des Gerichtes in eine ständige Behörde im Jahre 1874 seine Wiederwahl als eine selbstverständliche, und allgemein freute man sich, dass er dem Rufe Folge leistete. Im Gerichte, dessen Präsident er 1879 und 1880 war, bewegte sich seine vorwiegende und zum Teil grundlegende Wirksamkeit auf dem Gebiete des Staatsrechts, wo er seine freie, ideale Auffassung von Staat und Recht zu schöner Entfaltung brachte. Wie später Soldan so hat auch Morel während einiger Zeit an der Lausanner Hochschule doziert und zwar Schweizerisches Staatsrecht. Dem staatsrechtlichen Gebiete gehören auch im wesentlichen die wissenschaftlichen Arbeiten Morels an. Durch die Ausgabe des Bundesstaatsrechts von Blumer hat Morel, wie Präsident Rott in der St. Galler Rede urteilt, ein umfassendes Werk von eigenem Werte hinterlassen; er hat das klassische Werk seines Freundes Blumer, das sonst als veraltet aus dem Gebrauche hätte verschwinden müssen, durch selbständige Bearbeitung, praktische Anordnung und Bebringung des neuen Rechtsstoffes dem lebendigen täglichen Gebrauche erhalten und ihm autoritative Bedeutung bewahrt. Durch die Universität Bern wurde Morel 1879 zum Dr. jur. hon. causa promoviert. Von den Gesetzgebungskommissionen, denen er angehörte, erwähnen wir die für ein eidgenössisches Strafrecht, welche er nach dem plötzlichen Tode Ruchonnetts auch zeitweise präsidierte. Dem Schweizerischen Juristenverein hat er in den Jahren 1880 bis 1883 als besorgter und würdiger Präsident vorgestanden; zum

erstenmale hat er den Verein präsidiert genau vor 20 Jahren, in Zug, gerade von dieser Stelle aus. Stets war Morel dem Verein ein treuer, weiser Berater; mit Anerkennung erinnern wir uns seiner wohldurchdachten, aus dem Borne reicher Erfahrung schöpfenden Voten, gerne auch der von hohem Rechtsidealismus getragenen Rede bei Eröffnung des St. Galler Juristentages von 1883; und wer, der sie hörte, könnte die Tischrede vom Zürcher Juristentage von 1890 vergessen, in der Morel, das Antlitz durch die Abendsonne erleuchtet und durch die Begeisterung verklärt, von der glücklichen goldenen Jugend sprach und die Jungen zu allem Guten und Edlen auch auf dem Boden des Rechtes anfeuerte! Und endlich hat sich Morel wie in seinem ganzen Wirken, so namentlich im Juristenverein als unentwegten Förderer der schweizerischen Rechtseinheit bewährt.

Wir schliessen mit den Worten, die Professor Hilty an der Leichenfeier als Vertreter der Bundesversammlung gesprochen hat. Nachdem er der Trauer über den Verlust des Freundes Ausdruck verliehen, fuhr er ungefähr fort wie folgt:

„Wenn ich aber im Namen des Vaterlandes sprechen soll, so überwiegt bei weitem das Gefühl tiefer Befriedigung, dass wir einen solchen Mann besessen haben und dass es ihm vergönnt war, in einem so überaus fruchtbaren Leben und Wirken für das Vaterland beinahe die höchsten Stufen des Erdenlebens zu erreichen, und sodann am Abend eines solchen Lebens, an seinem letzten Lebens- und Arbeitstage, einzugehen in jenes Land der Guten und Edlen.“

Behalten wir unsere verstorbenen Vereinsmitglieder in freundlichem Angedenken.

Die 39. Jahresversammlung des Schweizerischen Juristenvereins ist eröffnet.

II.

Das Präsidium teilt die Namen der zur Aufnahme als Mitglieder Angemeldeten mit; dieselben werden sämtlich seitens des Vorstandes der Versammlung zur Aufnahme empfohlen. Es sind die Herren:

1. *Theodor Schwarz*, Beamter der Unfallversicherungs-Gesellschaft „Zürich“ in Zürich.
2. Dr. *H. Weissflog*, Rechtsanwalt, Zürich.
3. Dr. *Ernst Meyerhofer*, Bezirksrichter, Zürich.
4. Dr. *Walter Meyerhans*, Rechtsanwalt, Horgen.
5. Dr. *E. Guhl*, Rechtsanwalt, Zürich.
6. *Fritz Trüssel*, Obergerichtsschreiber, Bern.
7. Dr. *Ernst Brand*, Fürsprecher, Bern.
8. Cand. jur. *Adelrich Gyr*, Zug.
9. Dr. *E. Brunner*, Fürsprech und Notar, Solothurn.
10. Dr. *Christian Rothenberger-Klein*, Advokat, Basel.
11. Dr. *Alfred Silbernagel*, Basel.
12. *Albert Züst*, 1. Obergerichtsschreiber, Luzern.
13. Dr. *E. Panchaud*, Bern.
14. *L. Hanhart*, Bezirksrichter, Zürich.
15. Dr. *A. Bosshard*, Sekretär der Direktion des Innern, Zürich.
16. *G. Bosshard*, Rechtsanwalt, Winterthur.
17. Dr. *Hermann Siegrist*, Advokat, Basel.
18. Dr. *Hans Meyer-Rahn*, Anwalt, Zürich.
19. Dr. *Mittermaier*, Professor, Bern.
20. Dr. *Philipp Thormann*, Fürsprech und Kammer-schreiber, Bern.
21. Dr. *Arthur Mamelock*, Auditor am Bezirksgericht, Zürich.
22. Dr. *L. Peyer*, Rechtsanwalt, Zürich.
23. Dr. *E. Keller-Huguenin*, Rechtsanwalt, Zürich.
24. Dr. *Alois Moser*, Advokat, Luzern.
25. Dr. *Walter Gautschi*, Anwalt, Reinach.
26. Dr. *Arthur Studer*, Fürsprech, Olten.
27. Dr. *Paul Speiser*, jun., Basel.
28. Dr. *Hermann Winkler*, Luzern.
29. Dr. *Wyrsch*, Fürsprech, Baden.
30. Dr. *Käslin*, Gerichtsschreiber, Baden.
31. Dr. *K. Gessner*, Rechtsanwalt, Zürich.
32. *Ernst Stadlin*, Fürsprech, Zug.
33. *Natale Rusca*, avvocato, Lugano.

34. *Edwin Brennwald*, Gerichtsauditor, Uster (Zürich).
35. Dr. *Max Stahel*, Rechtsanwalt, Uster (Zürich).
36. Dr. *Hans Schmid*, Rechtsanwalt, Baar.
37. Dr. *Mettler*, Rechtsanwalt, Zürich.
38. Dr. *Georges Cahn*, Zürich.

Im Laufe des Jahres sind vom Vorstand aufgenommen worden:

1. Dr. *Schäppi*, Rechtsanwalt, Zürich.
2. Dr. *H. Weydmann*, Kantonsgerichtspräsident, Appenzell.
3. Dr. *Charles Berdez*, avocat, Lausanne.

Die Versammlung vollzieht die Aufnahme sämtlicher 38 neu Angemeldeten und nimmt Kenntnis von den Namen der 3 vom Vorstand aufgenommenen Mitglieder.

III.

Zu Stimmenzählern werden ernannt die Herren *Eugen Ziegler*, Advokat (Schaffhausen) und *Armand de Riedmatten*, Professor (Sitten); zu Rechnungsrevisoren die Herren Nationalrat Dr. *Iten* (Zug) und Advokat *Repond* (Bern); zu Sekretären die Herren *E. Strittmatter*, Advokat (Neuenburg) und Dr. *H. Becker*, Kantonsgerichtsschreiber (St. Gallen).

IV.

Das Präsidium macht namens des Vorstandes folgende Mitteilungen:

1. Advokat Dr. *R. Morel*, Aktuar des Centralkomitees, hat im Auftrage des letztern unter dem Titel „Der Schweizerische Juristenverein in seiner Thätigkeit während den ersten vierzig Jahren seines Bestehens, 1861—1901“ eine Zusammenstellung der Verhandlungsgegenstände und Beschlüsse dieses Vereins angefertigt, welche als Broschüre gedruckt ist und sämtlichen Mitgliedern

des Vereins zugestellt werden soll. — Von Professor Dr. *Meili* in Zürich wurde seine in den „Schweizer Zeitfragen“ erschienene, orientierende und kritische Studie: „Die Kodifikation des schweizerischen Privat- und Strafrechts“ dem Schweizerischen Juristenverein anlässlich der Tagung in Zug gewidmet und dem Vorstande in einigen Exemplaren überreicht. Der Vorstand hat eine genügende Anzahl Exemplare dieser Schrift angeschafft, um sie jedem Teilnehmer am Juristentage in Zug übergeben zu können. — Der Vorstand beantragt, durch Vereinsbeschluss die Dedikation des Herrn Professor *Meili* anzunehmen und zu danken; ebenso Herrn Dr. *Morel* für seine Arbeit den Dank des Vereins auszusprechen.

Diese Anträge werden einstimmig angenommen.

2. Durch die Präsidentin des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins sind hundert Exemplare des Vortrages von Professor *Huber* über die Stellung der Frau im Entwurf eines schweizerischen Civilgesetzbuches der Versammlung zur Verfügung gestellt worden. Dieses Geschenk wird dankt.

3. Durch Cirkular ist den Vereinsmitgliedern angezeigt worden, dass an die Stelle des verstorbenen Herrn Bundesrichter *Soldan*, Vizepräsidenten und Quästors des Juristenvereins, getreten seien: als Vizepräsident Herr Bundesrichter Dr. *Leo Weber* und als Quästor Herr Bundesrichter Dr. *Perrier*.

4. Die an der Jahresversammlung von 1894 aus den Herren Professor *Heusler*, Professor *Huber* und Bundesrichter *Soldan* bestellte Kommission für Herausgabe schweizerischer Rechtsquellen ist infolge des Todes des Herrn Bundesrichter *Soldan* zu ergänzen. Bei diesem Anlass beantragt der Vorstand, die Kommission jeweilen für den gleichen Zeitraum wie den Vereinsvorstand zu bestellen, und schlägt als Kommissionsmitglieder die Herren Professor *Heusler*, Professor *Huber* und Bundesrichter *Favey* vor. — Antrag und Wahlvorschlag des Vorstandes werden angenommen.

5. Auf die erfolgte Ausschreibung einer Preisaufgabe ist keine Lösung eingegangen.

V.

Diskussionsthema: die Revision der Fabrikhaftpflichtgesetze.

Der Referent, Herr Dr. *Richard Lang*, führt aus, dass er seine Revisionsvorschläge nicht in der Meinung gemacht habe, als ob auf dem Wege der Revision der Fabrikhaftpflichtgesetze eine vollständig befriedigende Situation geschaffen werden könnte; diese erwarte er vielmehr erst von einer allgemeinen und obligatorischen Unfallversicherung. Da jedoch diese letztere voraussichtlich noch eine Reihe von Jahren nicht eingeführt und verwirklicht werden könne, so empfehle er für die Zwischenzeit ein revidiertes Haftpflichtgesetz. Bezuglich der einzelnen Revisionspunkte verweist der Referent auf sein gedruckt vorliegendes Referat. Zu These 12 bemerkt er, dass er die Bedenken praktischer Natur nicht verkenne, welche gegen den Versicherungzwang geltend gemacht werden können: vor allem den Umstand, dass der Staat die Versicherungsgesellschaften nicht verpflichten könne, mit dem Arbeitgeber einen Versicherungsvertrag mit angemessener und nicht unerschwinglicher Prämie abzuschliessen. Um Widerstände gegen die Versicherung zu überwinden, müsse angestrebt werden, den Arbeitgeber an der Versicherung seiner Arbeiter zu interessieren (vergl. Thesen 13 u. 14 des Referenten). — Gegenüber dem Korreferenten führt der Referent aus, dass die von jenem vorgeschlagene fünftägige Karenzzeit für den Arbeiter mit kleinem Lohn eine empfindliche Entbehrung bedeute und deshalb abzulehnen sei.

M. *Charles Berdez* (Lausanne) présente le co-rapport suivant:

Introduction.

Le développement donné par Monsieur le rapporteur Lang, dans l'introduction de son rapport, à l'exposé historique de la question, nous dispense de relater à nouveau le processus dont résultèrent les lois sur la responsabilité civile des 25 juin 1881 et 26 avril 1887, ainsi que la loi sur l'assurance contre les maladies et les accidents du 5 octobre 1899, repoussée par le peuple suisse.

Cette dernière loi, dont les travaux préparatoires avaient commencé déjà en 1890, procédait de la législation allemande sur l'assurance obligatoire.

Il était évident que les lois de 1881 et 1887 étaient insuffisantes. On admit d'emblée, *a priori*, qu'elles ne pouvaient, même revisées, satisfaire aux besoins et l'on pensa qu'il fallait renoncer au système de la responsabilité civile pour recourir au système de l'assurance obligatoire par l'Etat.

Mais dès lors ce système révéla les nombreux inconvénients qui lui étaient inhérents et sur lesquels nous ne reviendrons pas, et tandis que les travaux préparatoires très consciencieux faits en Suisse poursuivaient comme but unique et admettaient comme seule sauvegarde possible cette assurance d'état, les lois les plus récentes en revenaient au régime de la responsabilité civile, en profitant des leçons de l'expérience pour en faire disparaître les défauts et le rendre adéquat aux besoins.

Le choix entre l'un ou l'autre des systèmes n'est pas une question de pure théorie. Tous deux aboutissent au même résultat par des voies différentes. Pour choisir, il faut essentiellement se laisser guider par des motifs d'opportunité.

Abstraction faite de toute autre considération, il serait à notre avis téméraire, en présence d'un verdict populaire des plus nets, de vouloir remonter le courant et parer aux risques professionnels en adoptant un système d'assurance d'état.

Une loi d'assurance obligatoire proprement dite serait actuellement une anomalie; si l'on veut chercher à améliorer la situation du prolétariat vis-à-vis du risque professionnel, il faut, en Suisse du moins, recourir à la législation sur la responsabilité civile et l'améliorer si cela est reconnu nécessaire. Améliorer la loi de responsabilité c'est avant tout accorder aux sinistrés et à leurs ayants-droits le plus de garanties possibles en ce qui concerne le paiement des indemnités; c'est d'autre part décourager la fraude et la simulation par les dispositions légales les plus appropriées.

C'est guidé par ces idées générales que nous avons entrepris l'étude que la Société des juristes a bien voulu nous confier.

Nous avons déjà présenté nos thèses, nous allons les développer et les justifier le plus succinctement possible.

A. Nécessité d'une revision.

THÈSE I.

Il y a lieu de coordonner et de compléter les lois fédérales sur la responsabilité civile des fabricants et son extension, des 25 juin 1881 et 26 avril 1887, en les remplaçant par une loi unique revisant le régime institué par elles.

Justification.

D'accord avec Monsieur le rapporteur Lang, nous estimons que la revision des lois de responsabilité de 1881 et 1887 s'impose déjà au point de vue de leur coordination. Il faut une seule loi sur la matière. Elle doit être claire et former un tout homogène.

D'accord avec Monsieur le rapporteur Lang, nous désirons qu'à ce travail de coordination soit joint un travail de revision modifiant un certain nombre de dispositions de la loi.

Toutes les thèses qui suivent indiquent *les modifications* que nous désirerions voir introduire dans la loi revisée tout en conservant les dispositions actuelles dont nous n'avons pas entrepris la critique.

L'examen de thèses de Monsieur le rapporteur Lang et des nôtres prouve des divergences assez importantes entre nos manières de voir, bien que sur les questions primordiales nous soyons à peu près du même avis.

Pour notre part, si nous pouvons nous déclarer d'accord avec les thèses 3, 12, 13 et 14 de Monsieur Lang, nous ne pouvons par contre admettre aucune des autres, telles qu'elles sont formulées.

Ces divergences nous prouvent combien en pratique une revision des lois de responsabilité rencontrera de difficultés. Nous ne croyons cependant pas que ces difficultés soient insurmontables et ces opinions opposées irréductibles. En matière

semblable, où les intérêts de diverses classes sont en présence, des concessions réciproques sont en effet nécessaires.

B. Extension de la responsabilité civile.

THÈSE II.

La liste des industries, entreprises et travaux mentionnés par l'article 1^{er} de la loi fédérale du 26 avril 1887, doit être complétée. Il y a lieu de soumettre, entr'autres, aux dispositions de la loi les industries, entreprises et travaux non spécifiés par elle et dans lesquels il est fait usage de machines mues par une force autre que celle de l'homme et des animaux.

THÈSE III.

Les industries, entreprises et travaux soumis à la responsabilité civile doivent l'être quel que soit le nombre des employés et ouvriers occupés.

Justification des thèses II et III.

Lors de l'élaboration des lois sur la responsabilité civile et son extension, de 1881 et 1887, l'assurance de la responsabilité n'avait pas encore reçu le développement qu'elle a atteint aujourd'hui. La crainte qui empêcha de prendre en considération, d'une façon logique, essentiellement l'importance des risques courus par les salariés s'explique en grande partie par le fait que tous les raisonnements d'où procédèrent les décisions prises ne mirent du côté patronal dans la balance que les risques du chef d'entreprise *isolé, non assuré*, devant parer d'une façon inattendue aux pires catastrophes.

Pour prouver du reste combien de considérations d'opportunité s'imposèrent aux autorités fédérales lors de la révision de 1887, il nous suffira de citer le passage suivant du Message du Conseil fédéral du 7 juin 1886: „Il ne peut être question déjà pour des raisons d'opportunité de soumettre actuellement l'agriculture à la loi, parce que le peuple repousserait une telle mesure.“

Ce furent d'une façon incontestable les mêmes raisons d'opportunisme éclairé qui empêchèrent les autorités fédérales de proposer l'extension de la responsabilité civile aux petites entreprises.

Il fallait aussi prendre en considération la concurrence étrangère dont les entreprises étaient alors peu gênées par les charges découlant du risque professionnel.

Mais aujourd'hui les circonstances ont changé. Ce qui en 1881 et 1887 pouvait sembler à quelques bons esprits des innovations hasardeuses, ne suffit plus aux besoins et la conscience publique réclame en faveur des classes ouvrières un traitement plus égalitaire.

Dès lors la plupart des états de l'Europe ont adopté des lois de responsabilité ou d'assurance obligatoire imposant, même aux petites entreprises, des charges très lourdes et étendant le bénéfice de la protection contre le risque professionnel à un nombre de travailleurs proportionnellement beaucoup plus grand que ne le fait notre législation suisse.

Néanmoins, bien que nous présentions aujourd'hui des propositions non à un pouvoir législatif mais à une assemblée de juristes, nous pensons qu'il n'est pas possible de se placer à un point de vue absolument théorique, en formulant des vœux qui resteraient stériles s'ils ne correspondaient à des besoins réels déjà ressentis.

Chez nous le législateur ne peut procéder que pas à pas, suivre en quelque sorte les aspirations de la majorité du peuple si l'on ne veut aboutir à des crises regrettables manifestées par le désaccord évident entre le corps électoral et ses représentants.

C'est pourquoi nous pensons que, pour le moment du moins, on ne doit compléter la liste des entreprises soumises à la responsabilité civile, qu'avec la plus grande prudence et qu'en particulier l'agriculture, malgré les risques très considérables que présentent certaines de ses branches, ne saurait dans son ensemble être placée actuellement sous ce régime.

Contrairement à l'opinion de Monsieur Lang, nous ne saurions admettre que le Conseil fédéral reçoive les pouvoirs

nécessaires pour soumettre, à son gré, de nouvelles entreprises et de nouvelles industries à ce régime spécial.

Quoique nous ayons la plus grande confiance dans la compétence et l'impartialité de notre haute autorité fédérale, nous estimons que lui confier de semblables attributions est absolument contraire à nos idées démocratiques suisses. Nous croyons, en outre, que c'est la mettre dans une position fausse. En effet, à un moment donné, le Conseil fédéral pourrait se trouver dans le plus cruel embarras en présence de réclamations de certains groupes et dans l'incertitude de l'opinion prépondérante en Suisse.

C'est la loi qui doit décider quelles sont les entreprises soumises, et une loi d'une importance semblable ne saurait échapper, en ce qui concerne ses dispositions fondamentales, au baptême éventuel du référendum.

Sans vouloir entrer dans le détail des entreprises nouvelles à soumettre à la loi revisée, nous estimons qu'il y aurait lieu d'y ranger entr'autres les travaux suivants:

1^o Les industries qui emploient des matières facilement inflammables. 2^o Les exploitations de glace. 3^o Les travaux d'installation et d'entretien de conducteurs électriques. 4^o Les entreprises de chargement et de déchargement, les entrepôts et magasins publics. 5^o Les scieries et moulins.

Il va sans dire que nous n'avons pas la prétention de donner là une liste définitive et que certaines de ces entreprises pourraient, après étude approfondie, être omises ou remplacées par d'autres que nous n'avons pas comprises dans notre énumération. Néanmoins, la plupart des lois étrangères ont appliqué à ces divers travaux la responsabilité civile ou l'assurance obligatoire.

D'autre part, il est certain pour nous que l'on n'irait pas assez loin si l'on se bornait simplement à ajouter à la liste des industries soumises un certain nombre d'entreprises nouvelles. En effet, il est impossible au législateur de prévoir tous les travaux présentant des risques professionnels particuliers et, d'un autre côté, certaines exploitations qui, dans la généralité des cas, ne révèlent pas de risques importants peuvent,

selon la façon dont elles sont établies devenir des plus dangereuses. Il faut donc trouver un critère légal qui permette de soumettre à la loi toute exploitation dangereuse, quelle que soit sa nature. Ce critère, la plupart des législations étrangères l'ont trouvé dans le fait de l'emploi de machines mues par une force autre que celle de l'homme et des animaux. Nous croyons qu'il faut se ranger à cette manière de voir, qui du reste était celle du Conseil fédéral lorsqu'il présenta le projet de loi sur l'extension de la responsabilité civile, opinion qui ne prévalut pas devant les Chambres.

Peut-être pourrait-on décider que pour ces entreprises, soumises à la loi uniquement par le fait de l'emploi de machines, la responsabilité ne s'étend qu'aux risques découlant de l'emploi de ces machines. Mais c'est là une question à examiner et que le cadre de notre travail ne nous permet pas d'approfondir.

Notre thèse III conclut à une réforme qui s'impose. Il est absolument inique de faire dépendre la protection légale du nombre d'ouvriers employés. Ce sont souvent les petites entreprises qui présentent les plus grands dangers et grâce à l'assurance tout patron peut supporter les charges légales. Nous n'insistons pas sur ce point admis aujourd'hui par la plupart des législations nouvelles.

THÈSE IV.

Il y a lieu de modifier les dispositions de l'article 3 de la loi du 25 juin 1881, en ce sens que le fabricant doit être rendu responsable à moins qu'il ne prouve que la maladie n'a pas pour cause l'exploitation de la fabrique.

Justification.

Nous n'entrerons pas dans de longs développements sur cette thèse.

Remarquons que la loi ne rend responsables que des industries spécialement dangereuses, dont la liste est élaborée par le Conseil fédéral.

D'autre part, ces industries dangereuses jouissent, nous ne savons pourquoi, d'un traitement favorisé. En effet, du

moment que la loi *assimilait* la maladie engendrée par ces risques spéciaux à un accident, il n'y avait pas de raisons pour disposer que seules les maladies engendrées *exclusivement* par l'exploitation devaient être indemnisées. L'article 5 paragraphe c in fine de la loi du 25 juin 1881 suffisait pour atténuer dans une notable mesure la responsabilité de l'entrepreneur d'industries particulièrement dangereuses dans le cas où la maladie aurait été simplement aggravée à la suite de l'exploitation, d'autant plus que les maladies sont la plupart du temps caractéristiques (nécroses etc.).

Laisser à la charge de la victime la preuve qu'antérieurement à l'accident elle ne souffrait en aucune mesure de la maladie qui interrompt son travail, c'est, dans la plupart des cas, rendre absolument illusoire la garantie légale.

On nous objectera peut-être que mettre à la charge du patron la preuve que la maladie existait antérieurement, c'est aussi le charger d'une preuve des plus difficiles à administrer.

A celà nous répondrons qu'en effet la preuve n'est pas aisée, *à moins que l'embauche ne soit précédée d'un examen médical sérieux*, et que c'est précisément cette visite préalable du médecin qu'il faut rendre indispensable.

Nous ne voulons pas baser cette manière de voir sur des considérations philanthropiques. Nous la justifions simplement par la nécessité de préserver la nation, de l'empêcher de s'abâter, devoir primordial de tout état moderne.

Que la visite médicale préalable empêche un certain nombre de candidats à la tuberculose et à la phthisie de choisir une occupation qui les voudra à une déchéance physique incurable, nous en serons fort heureux.

D'autre part, en prenant cette précaution, en faisant examiner d'une façon sérieuse les ouvriers qui se présentent, le patron peut se prémunir d'une façon suffisante contre l'exploitation possible.

C. Faute.**THÈSE V.**

La responsabilité du chef d'entreprise ne doit cesser en cas de faute du sinistré que si cette faute est inexcusable.

Doivent être, entr'autres, considérées comme fautes inexcusables :

1^o L'ivresse durant le travail.

2^o Toute modification dangereuse apportée aux machines et installations, l'enlèvement d'appareils de protection et le nettoyage de machines en mouvement.

3^o La désobéissance aux ordres reçus.

THÈSE VI.

Si la mort ou l'accident a pour cause une faute excusable du sinistré, la responsabilité du chef d'entreprise doit être équitablement réduite. Il doit en être de même en cas de fautes concomitantes (même inexcusables) du sinistré et du chef d'entreprise ou de ses mandataires, représentants, directeurs ou surveillants.

Le cas fortuit ne doit entraîner aucune diminution de la responsabilité légale, qui ne doit pas être aggravée par la faute excusable du chef d'entreprise.

Lorsque l'accident est dû exclusivement à la faute inexcusable du chef d'entreprise, sa responsabilité doit être aggravée et il peut être condamné à payer des indemnités supérieures à celles fixées par la loi, jusqu'à concurrence du dommage réel.

Justification des thèses V et VI.

Nous croyons qu'il faut adopter la distinction faite par la loi française de 1898 entre la faute excusable et la faute inexcusable. Cette innovation dans la terminologie est heureuse, elle marque bien le point de vue auquel le juge doit se placer dans l'appréciation des imprudences commises.

Par contre, nous ne saurions aller aussi loin que la loi française qui, en cas de faute inexcusable, diminue simplement l'indemnité et n'accorde aucune influence à la faute excusable du sinistré.

Si la faute excusable de la victime ne doit pas avoir pour effet de la priver entièrement de tout droit à l'indemnité,

ainsi que cela est le cas d'après les lois de 1881 et 1887, cette faute n'en doit pas moins entraîner certaines conséquences.

Il serait absolument contraire aux notions juridiques modernes d'admettre une faute sans suites légales, surtout lorsqu'il s'agit de responsabilité civile et non d'assurance obligatoire.

Sur ce terrain, nous devons admettre une diminution des charges imposées au chef d'entreprise, en cas de faute excusable du sinistré. C'est équitable et c'est juridique.

Jusqu'où cette diminution doit-elle aller? Nous croyons qu'il n'est pas opportun que la loi fixe une limite. Laisser dans ce cas au juge le droit de diminuer l'indemnité d'une façon équitable, c'est lui permettre de tenir compte de toutes les circonstances et de juger au plus près de sa conscience.

D'autre part, la faute que la loi déclare *inexcusable* ne peut donner droit à une indemnité. Admettre le contraire, ainsi que le fait la loi française, tout en adoptant cette terminologie, c'est pécher contre la logique et les notions générales du droit.

En outre, et c'est là l'essentiel, admettre qu'une faute inexcusable du sinistré n'entraîne pas une déchéance complète, c'est donner au risque professionnel une extension anormale, c'est oublier que si le patron a des devoirs, le salarié en a aussi; si l'ouvrier ne sait pas qu'en commettant certaines fautes il perd tous ses droits, les accidents augmenteront dans une très forte proportion. C'est un fait d'expérience, connu de toutes les personnes qui suivent de près ces questions de responsabilité civile, que dans les grandes entreprises les accidents diminuent d'une façon sensible après un procès dont l'issue a été défavorable à un ouvrier de l'usine, débouté de tout droit à une indemnité par suite d'une faute reconnue. Attribuer une indemnité à la victime de sa propre faute inexcusable, c'est accorder une prime à l'insouciance.

Par contre, la faute inexcusable du patron doit, dans la loi révisée, avoir les conséquences attribuées par la législation actuelle à l'acte susceptible de faire l'objet d'une action au pénal.

Cette dernière notion est beaucoup trop formelle. L'application du droit pénal étant réservée aux cantons, certains actes qui dans l'un d'eux peuvent être l'objet de poursuites pénales ne peuvent l'être dans d'autres, en attendant un code pénal fédéral du moins. Dans bien des cantons cette disposition reste lettre morte dans des cas où néanmoins il semble évident que le patron a commis une faute inexcusable. C'est cette dernière notion qu'il importe d'introduire dans la loi aussi bien pour l'une des parties que pour l'autre.

D'après nos propositions, le seul cas dans lequel la faute inexcusable du chef d'entreprise ou de l'ouvrier ne déploie pas ses effets, déchéance ou aggravation, est celui dans lequel cette faute de l'une des parties est concomitante à celle de l'autre. En tant que ses fautes concomitantes, mêmes inexcusables, ont l'une et l'autre causé l'accident, il est équitable de peser leur importance réciproque et d'attribuer une indemnité réduite, le montant de la réduction étant laissé à la libre appréciation du juge.

Enfin nous estimons que dans la loi revisée le cas fortuit doit cesser de motiver une diminution de l'indemnité légale.

La majorité des accidents professionnels sont dûs au cas fortuit. Il nous semble donc anormal de prévoir une dérogation à la règle pour le cas le plus fréquent. Nous préférions le système d'après lequel l'indemnité prévue par la loi pour les accidents causés par le cas fortuit ou la faute excusable du patron est augmentée ou diminuée dans les autres éventualités.

Remarquons, du reste, que le système d'indemnité que nous proposons prévoit dans la règle une indemnité réduite (voir thèses VIII).

Il va sans dire, d'autre part, que la loi revisée devra maintenir comme motif de libération du patron le cas de force majeure ou les actes criminels ou délictueux imputables à d'autre personnes que celles mentionnées par l'article premier de la loi de 1881.

D. Indemnités.

THÈSE VII.

En règle générale et sous réserve des exceptions prévues par la loi, l'indemnité doit être payée sous forme d'une rente.

THÈSE VIII.

L'indemnité pour incapacité de travail ne doit courir que dès le cinquième jour de chômage. Elle doit être fixée aux deux tiers de la réduction du gain. La valeur de la rente capitalisée ne doit cependant pas dépasser un maximum fixé par la loi.

En cas de mort à la suite d'accident, les parents survivants (veuve, veuf invalide, enfants légitimes ou reconnus, descendants assistés) doivent recevoir une rente dont le montant est fixé par la loi en % du gain du défunt. Le montant des rentes des survivants ne doit néanmoins pas dépasser le 50 % de ce gain et la valeur des rentes capitalisées ne doit pas dépasser un maximum fixé par la loi.

En cas de nouveau mariage, la veuve doit recevoir quatre fois le montant de la rente qui lui a été accordée et qui cesse de lui être versée.

Les chefs d'entreprises doivent pouvoir se libérer du service des rentes annuelles inférieures à cent francs et du service des rentes dues à des étrangers ne résidant pas d'une façon continue sur territoire suisse, ou à leurs ayants-droit résidant à l'étranger, moyennant paiement d'un capital représentant la moitié de la valeur de la rente capitalisée et limitée au maximum légal.

Sous réserve de la disposition précédente, le sinistre ou ses ayants-droit doivent pouvoir demander paiement d'un capital égal au quart de la valeur de la rente capitalisée et limitée au maximum légal. Dans ce cas, la rente qui continue à être servie doit être diminuée d'un tiers.

Justification des thèses VII et VIII.

Le paiement de l'indemnité sous forme de capital présente des inconvénients majeurs.

Ces inconvénients, révélés par l'expérience et sur lesquels sont d'accord toutes les personnes qui, sans parti pris, ont étudié ces questions, sont les suivants:

1^o Le capital versé à des personnes qui, la plupart du temps, n'ont pas eu en mains des sommes de cette importance est souvent dilapidé, au grand détriment de la victime ou de ses ayants-droit.

2^o La révision des procès à la suite d'amélioration de l'état du blessé est rendue illusoire après emploi du capital versé par un sinistré, guéri par enchantement dès versement de l'indemnité. Or, ainsi que nous le verrons, il est désirable que les indemnités puissent être aussi bien diminuées qu'augmentées, selon l'amélioration ou l'aggravation de l'état du blessé, dans un certain laps de temps dès le règlement de l'indemnité.

Le paiement d'une rente remplit mieux le but, soit la réparation du dommage causé, puisqu'elle remplace une perte périodique par des versements périodiques également.

Toutes les législations nouvelles, à l'exception de la loi italienne, ont adopté le système de rentes au lieu de l'indemnité en capital, sauf certaines dérogations prévues par la loi et justifiées par des raisons d'opportunité.

Les exceptions que nous proposons sont analogues à celles des autres législations.

La plus importante de ces exceptions est celle qui permettrait au sinistré ou à ses ayants-droit de demander le paiement d'un capital égal au quart de la valeur de la rente capitalisée, cas dans lequel la rente qui continuerait à être servie serait diminuée d'un tiers.

La disposition que nous proposons d'introduire dans la loi revisée est empruntée à la loi française sur la responsabilité civile. Elle se justifie par la considération que s'il est dangereux dans bien des cas de verser un capital relativement considérable aux sinistrés ou à leurs ayants-droit, les uns et les autres peuvent néanmoins avoir besoin d'une part de ce capital pour entreprendre un petit commerce ou une petite industrie leur permettant d'améliorer leur situation. Dans ce cas, si le capital engagé est compromis, tout au moins reste-t-il aux bénéficiaires les deux tiers de la rente.

La loi française, tout en permettant au sinistré de demander le paiement d'un quart du capital nécessaire au paiement

de la rente, lui attribue dans ce cas les trois quarts de la rente elle-même, ne faisant ainsi aucune réduction du chef du paiement d'un capital. Pour notre part, nous estimons qu'il y a lieu de faire cette réduction, soit ensuite de l'avantage ainsi accordé, soit pour empêcher l'ayant-droit de demander sans nécessité ce versement. C'est pourquoi nous proposons de réduire la rente après paiement du capital aux deux tiers au lieu des trois quarts.

Outre cette dérogation générale au principe de l'indemnité sous forme de rente, nous proposons encore trois dérogations spéciales relatives aux indemnités payables aux veuves et aux étrangers et aux petites indemnités.

En ce qui concerne la veuve, s'il est juste qu'elle perde le bénéfice d'une rente viagère alors que son nouveau mari doit pourvoir à son entretien, d'un autre côté, au point de vue de l'intérêt public, son nouveau mariage doit être favorisé.

Il va sans dire en effet que si par ce nouveau mariage la veuve perdait tout avantage sans aucune indemnité, elle préférerait renoncer à convoler en justes noces et que la morale n'aurait rien à y gagner.

Le nouveau mariage de la veuve doit au contraire être encouragé. Le versement de quatre annuités constitue pour elle une dot. Le versement de trois annuités, prévu par la loi française, nous semble insuffisant.

La seconde exception spéciale que nous prévoyons est relative aux étrangers. Certains pays ont des dispositions draconiennes à l'égard des salariés étrangers. Ainsi et surtout la France. Certaines dispositions d'exceptions se justifient cependant vis-à-vis d'eux. En effet il est impossible de méconnaître que le principe de la responsabilité des chefs d'entreprise ne procède plus uniquement de la notion du risque professionnel et que certaines notions d'assistance s'y trouvent mêlées. L'Etat, qui dans la règle doit assister ses nationaux dans le besoin, impose à une classe de la population des obligations justifiées par le risque spécial de leurs entreprises et qui tendent à décharger autant que possible les caisses publiques. Il va sans dire que cet intérêt de l'Etat est nul

en ce qui concerne des étrangers auxquels il ne doit pas lui-même assistance. D'autre part, le paiement d'une rente à des personnes habitant l'étranger offre des difficultés et le contrôle étant moins facile que dans le pays même, des fraudes peuvent se présenter.

C'est en nous basant sur ces considérations que nous proposons par notre thèse VIII que les chefs d'entreprises puissent vis-à-vis des étrangers ne résidant pas d'une façon continue sur territoire suisse ou leurs ayants-droit résidant à l'étranger, se libérer du paiement des rentes par le paiement de la moitié de la valeur de la rente capitalisée. Ce paiement d'un capital réduit se justifie aussi par l'avantage du paiement immédiat d'une somme aversale et la réduction proposée ne nous paraît pas exagérée. Quoiqu'il en soit nous sommes certains que la volonté populaire se manifeste nettement en faveur de mesures mettant les étrangers sur un pied d'infériorité relative et nous pensons qu'il y a lieu d'en tenir compte lors de la révision de la loi.

La troisième dérogation spéciale proposée par nous au système de la rente concerne le service des rentes annuelles inférieures à cent francs, dont les patrons devraient pouvoir se libérer également par le paiement d'un capital égal à la moitié de la valeur de la rente capitalisée.

Le service de très petites rentes viagères est désavantageux pour le chef d'entreprise ou la société d'assurance qui le représente. En effet, pour le débiteur, le paiement périodique de ces petites sommes sera compliqué. D'autre part, des lésions de peu d'importance entraînent rarement une diminution réelle du gain, néanmoins elles sont indemnisées sur la base de certificats médicaux attribuant souvent d'une manière un peu empirique à ces lésions une influence sur la capacité de travail.

Ainsi que M. Lang, nous croyons qu'il n'est pas possible d'augmenter dans une mesure importante les charges des chefs d'entreprises en matière de responsabilité civile. D'autre part, d'après le système que nous proposons, il est évident que les chefs d'entreprises seraient exonérés dans un moins grand

nombre de cas qu'actuellement. En outre, la valeur des indemnités serait dans les cas graves, ainsi que nous le verrons, plus considérable. Il faut donc, si l'on ne veut pas charger outre mesure les chefs d'entreprises, diminuer quelque peu le montant des indemnités pour lésions sans gravité, ce qui se justifie.

Une autre proposition que nous faisons et qui aurait pour effet, sinon pour but, de décharger les chefs d'entreprises, est le délai de carence de quatre jours à introduire dans la loi revisée. Toutes les lois nouvelles en matière de responsabilité civile et d'assurance obligatoire ont reconnu la nécessité de n'accorder aux sinistrés des secours qu'après un délai de quelques jours. La loi fédérale sur l'assurance obligatoire imposait, en cas d'accident comme en cas de maladie, un délai de carence de deux jours, les indemnités de chômage ne commençant à courir que le troisième jour. La loi française sur la responsabilité civile de 1898 porte ce délai à quatre jours. Nous nous sommes rangés à cette manière de voir estimant qu'elle est absolument justifiée.

Il est impossible de se dissimuler que le grand écueil des lois de responsabilité civile et d'assurance obligatoire ce sont les fraudes. Ces fraudes se manifestent le plus souvent à la suite de soi-disant accidents, très difficiles à contrôler. Ainsi que le constatent les rapports des inspecteurs des fabriques (voir en particulier le rapport de l'inspecteur des fabriques du troisième arrondissement pour 1895—1896), le nombre des accidents déclarés à la suite d'efforts musculaires augmente dans une très forte proportion. Dans le troisième arrondissement ces accidents ont triplé de 1888 à 1896. Or ces efforts sont la plupart du temps difficiles à contrôler.

La seule manière efficace de combattre ces fraudes et de lutter contre les fausses déclarations d'accidents, c'est de créer un *intérêt réel à la continuation du travail*. L'ouvrier, même paresseux et sans scrupule, hésiterait à simuler un accident s'il savait qu'au lieu de l'indemnité immédiate qu'il reçoit aujourd'hui il devrait supporter un chômage sans indemnité de quatre jours, après lesquels il commencerait seulement à être indemnisé.

En outre, nous proposons une autre modification au système actuel, des plus importantes, nécessitée par les considérations que nous venons de développer. Tandis que d'après notre régime actuel l'indemnité accordée au sinistré est pleine et entière jusqu'à concurrence d'un maximum, trop bas il est vrai, toutes les nouvelles lois des autres pays ont admis le principe d'une indemnité partielle variant entre le 50 et le 66 $\frac{2}{3}$ % du salaire.

Nous rappelons que la loi fédérale sur l'assurance obligatoire du 5 octobre 1899 prévoyait le 60 % du salaire pour les rentes d'invalidité et le 50 % au maximum pour les rentes aux survivants; toutefois, l'assemblée fédérale pouvait d'après la loi éléver le taux des rentes d'invalidité à 66 $\frac{2}{3}$ %. En admettant d'emblée ce dernier taux pour les rentes d'invalidité, nous allons à l'extrême limite de ce qui est possible si l'on ne veut pas imposer à notre industrie des charges trop lourdes pour elle, plus lourdes que celles de tous les pays voisins.

En ce qui concerne les rentes aux survivants, nous adopterions volontiers les dispositions des articles 264 et 265 de la loi fédérale sur l'assurance obligatoire, avec quelques modifications néanmoins. C'est ainsi qu'il nous semble inopportun d'attribuer une rente aux descendants lorsqu'ils ne sont pas dans le besoin et d'étendre ce bénéfice aux frères et sœurs.

Ainsi les rentes seraient du 30 % du gain pour la veuve, du 20 % pour le veuf invalide, du 15 % pour chaque enfant jusqu'à 16 ans, du 25 % pour les orphelins de père et de mère, de 20 % pour les descendants dans le besoin. L'extinction d'une de ces rentes profiterait aux ayants-droit d'une façon proportionnelle et dans la limite de leurs droits, le total étant toujours limité au 50 %.

Enfin, tout en estimant que le maximum fixé actuellement par la loi est trop bas, nous pensons qu'il n'est pas possible de faire entière abstraction d'un maximum légal, soit en ce qui concerne les rentes d'invalidité, soit en ce qui concerne les rentes de survivants.

Le système d'indemnité que nous proposons se rapproche sensiblement du système adopté par la loi fédérale sur l'assurance obligatoire.

S'il ne nous est pas possible de calculer d'une façon exacte quelles seraient, traduites en primes d'assurance, les charges découlant pour les chefs d'entreprises de l'adoption de ce système, il n'en reste pas moins certain que les charges actuelles seraient sensiblement augmentées et dans une trop forte mesure si l'on ne cherchait encore un moyen de les diminuer.

Ce moyen, c'est la fixation d'un maximum, maximum aussi bien applicable au système d'indemnités payables en rentes qu'au système d'indemnités payables en capitaux. Quel devra être le montant de ce maximum? Nous ne pouvons le préciser. Il y a aura lieu de l'établir de façon à ce que les charges actuelles des chefs d'entreprises ne soient pas trop lourdes. Nous estimons qu'en tout cas ces charges ne devraient pas présenter une augmentation de plus d'un cinquième sur les prestations actuelles.

Néanmoins en tout état de cause, nous pensons que ce maximum doit être sensiblement plus élevé que sous le régime actuel. Il y aurait lieu, croyons-nous, de ne pas le fixer plus bas que Fr. 12000.— dans les cas d'invalidité et Fr. 8000.— dans les cas de rentes aux survivants.

Un semblable maximum constitue déjà une sensible amélioration du sort des sinistrés atteints gravement. Pour le cas où en fixant les maxima à Fr. 12000.— et Fr. 8000.— (valeur des rentes d'après les tables de capitalisation officiellement adoptées) on arriverait à un surcroit de charges trop important, il faudrait chercher une diminution sur d'autres points. Rappelons que la loi fédérale sur l'assurance obligatoire, de même que la loi française sur la responsabilité civile, privait de tout droit aux rentes de survivants les ayants-droit de nationalité étrangère résidant à l'étranger. Bien que l'adoption d'une semblable mesure nous répugne, nous la considérerions comme un mal moins grand que l'abaissement du maximum légal proposé par nous.

E. Procédure.**THÈSE IX.**

Pendant une période de quatre ans à dater de l'arrangement entre parties ou de la décision de justice, une demande de revision doit être recevable du chef de l'aggravation ou de l'atténuation de l'infirmité ou du décès par suite de l'accident.

THÈSE X.

Les dispositions des articles 6 et 7 de la loi du 26 avril 1887 doivent être précisées et complétées en vue de la simplification de la procédure des litiges.

Justification des thèses IX et X.

Les dispositions de notre législation actuelle ne prévoient une revision du jugement que comme mesure exceptionnelle. Pour qu'une telle revision ait lieu, il faut que le jugement primitif en ait prévu la possibilité. Cela se conçoit puisque d'après la loi actuelle le paiement de l'indemnité a lieu en capital, qu'il est fait une fois pour toutes et qu'en conséquence, il est bien difficile pour le chef d'entreprise de se faire restituer ce qu'il aurait payé en trop.

Il en est tout autrement lorsque le paiement de l'indemnité a lieu sous forme de rentes. Dans ce cas, il est toujours possible de reviser le jugement ou le règlement amiable lorsque les suites de l'accident se révèlent moins graves ou plus graves qu'on ne l'avait prévu. Ce qui a été payé reste acquis, mais les prestations à futur peuvent être modifiées sans inconvenient.

Néanmoins il importe, croyons-nous, de fixer une limite à cette période durant laquelle cette revision est possible. En admettant que pendant quatre ans chacune des parties peut demander une modification du règlement intervenu, on adopte une norme raisonnable. En statuant qu'en tout temps la revision peut être demandée, on ouvre la porte à bien de chicanes et l'on favorise des procès dans lesquels les preuves seraient fort difficiles à administrer, surtout en cas d'aggra-

vation. Il est mauvais de laisser trop longtemps en suspens des questions semblables.

La révision doit être possible alors même que le règlement est intervenu à l'amiable. En un mot, elle doit être d'ordre public.

Si d'un côté nous désirons que la révision soit facilitée, de l'autre nous croyons nécessaire une simplification de la procédure. Actuellement dans un grand nombre de cantons les procès en responsabilité civile sont encore beaucoup trop compliqués. Beaucoup de législateurs cantonaux n'ont pas compris qu'il n'était pas opportun de faire rentrer les procès d'accidents dans le cadre de la procédure ordinaire en cherchant seulement à en activer la solution. On doit tenir compte que pour ces litiges d'une nature absolument spéciale il faut aussi une procédure spéciale, simplifiée en dehors du type classique. Les dispositions des articles 6 et 7 de la loi sur l'extension de la responsabilité de 1887, tout excellentes qu'elles soient, sont insuffisantes parce qu'elles sont trop générales et partant trop élastiques.

Pour notre part, nous désirerions que la loi puisse introduire un système de procédure analogue au système adopté par la loi française de responsabilité civile de 1898.

Des mesures uniformes devraient être prescrites réglementant d'une façon plus précise la procédure des enquêtes qui, conformément à l'article 4 de la loi fédérale sur les fabriques, doivent être instruites dans les cas d'accidents graves.

Ces enquêtes, contradictoires, devraient être confiées à l'autorité judiciaire, du moins en cas d'incapacité permanente. Les dépositions des témoins devraient dans tous les cas être témoignées et signées.

Toute ouverture d'action devrait être précédée d'une expertise médicale, l'expert ou les experts devant être désignés par le juge qui a procédé à l'enquête. Dès qu'il aurait été nanti des conclusions des experts, le juge enquêteur tenterait la conciliation et si un accord avait lieu, il le constaterait par une ordonnance tenant lieu de jugement définitif.

Si l'accord ne pouvait aboutir, le juge enquêteur remettrait le dossier entre les mains du tribunal compétent. L'affaire étant ainsi en grande partie instruite, le dossier contenant les dispositions des témoins et l'avis d'experts, la procédure pourrait être des plus sommaires et se borner avant l'audience au fond à un simple échange de pièces, une nouvelle expertise pouvant cependant être requise par les parties.

Il va sans dire que nous ne donnons qu'à titre d'exemple ce système de procédure et qu'un autre pourrait être choisi. Ce qui cependant nous semble indispensable, c'est que le procès soit précédé d'une instruction permettant d'un côté de fixer, sans retard, les circonstances du sinistre et de l'autre de tenter avec chances de succès une conciliation qui dans les circonstances actuelles n'est la plupart du temps qu'une vaine formalité. La comparution personnelle des parties devrait être exigée, sauf impossibilité reconnue.

F. Garanties.

THESE XI.

Les chefs d'entreprises doivent être obligés de contracter, auprès de sociétés concessionnées en Suisse, une assurance les garantissant contre les suites de leur responsabilité civile ou garantissant directement à leur personnel les indemnités légales, à moins qu'ils ne fournissent pour l'accomplissement éventuel de leurs obligations des garanties fixées par la loi.

THESE XII.

Les chefs d'entreprises peuvent faire participer leurs employés ou ouvriers au paiement des primes d'assurance jusqu'à concurrence de moitié, par voie de retenue sur le salaire.

THESE XIII.

Un privilège doit être accordé à la créance résultant de la responsabilité civile. Le sinistré ou ses ayants-droit doivent en outre posséder un droit de gage légal sur les sommes dues par les so-

sociétés d'assurances aux chefs d'entreprises en vertu de leur assurance de responsabilité.

Justification des thèses XI, XII, XIII.

Nous sommes heureux de constater que d'une manière générale, en ce qui concerne la garantie à accorder aux sinistrés et à leurs ayants-droits, nous sommes d'accord avec Monsieur Lang.

Les développements donnés par Monsieur le Rapporteur à cette question dans son chapitre VII nous dispensent d'entrer dans de nouveaux développements.

Nous présenterons néanmoins quelques remarques sur des points spéciaux.

Tout en admettant que dans la très grande majorité des cas il faut imposer l'obligation à l'assurance parce que le chef d'entreprise ne présente en général pas toutes les garanties de solvabilité voulues, nous estimons que la loi doit prévoir que des chefs d'entreprises présentant toutes les garanties désirables peuvent rester leurs propres assureurs.

Examiner quelles devraient être ces garanties nous entraînerait trop loin. Il nous semble qu'elles devraient consister essentiellement en un dépôt dont le montant devrait être calculé selon l'importance de l'entreprise.

Du reste il est certain que seules de grandes entreprises pourraient rester ainsi leurs propres assureurs.

La possibilité de faire participer les ouvriers au paiement de la moitié des primes doit être consacrée par la loi revisée. Remarquons du reste qu'un grand nombre d'entreprises ne font pas usage de cette faculté, qu'il est cependant nécessaire de maintenir parce que la nouvelle loi soumettrait à la responsabilité civile beaucoup de petites entreprises dont les chefs ne pourraient supporter sans celà la charge nouvelle qui leur serait imposée.

Enfin nous avons cru bon de demander par notre thèse XIII, outre le privilège en cas de poursuites, un droit de gage légal sur les sommes dues par les sociétés d'assurances aux chefs d'entreprises en vertu de leur assurance de responsabilité.

Nous avons emprunté cette dernière disposition au projet de loi fédérale sur le contrat d'assurance, (1896) article 58. En tant que cette disposition passerait dans la loi sur le contrat d'assurance, il serait peut-être inutile de la reproduire dans la loi révisée sur la responsabilité civile, mais dans le cas contraire il serait opportun de le faire. En effet, elle accorde au sinistré ou à ses ayants-droit une garantie supplémentaire en empêchant le chef d'entreprise insolvable de détourner les fonds destinés à l'indemnité ou de s'entendre frauduleusement avec la compagnie d'assurance.

Conclusions.

Le projet de révision que nous venons d'esquisser n'enlève pas à la loi son caractère de législation de responsabilité civile, mais il en fait aussi une loi d'assurance. Il force en effet tous les patrons qui ne peuvent rester leurs propres assureurs à se garantir contre les risques qui les menacent ou à garantir directement à leurs employés et ouvriers les prestations légales au moyen d'un contrat d'assurance.

Une loi révisée sur ces bases donnerait, croyons-nous, satisfaction aux besoins actuels sans provoquer toutes les modifications profondes qu'entraînerait l'adoption d'un système d'assurance obligatoire par l'Etat, mis de côté par les législations les plus récentes, condamné par le verdict du peuple suisse.

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Diskussion.

Herr Gerichtspräsident Dr. *Huber* (Basel). Es handelt sich heute nicht darum, die einzelnen Postulate zu durchgehen, sondern es ist eher am Schlusse der Verhandlung eine allgemeine Resolution, etwa folgenden Inhaltes, zu fassen: „Der schweizerische Juristenverein erklärt, nach Kenntnisnahme der Referate und gepflogener Diskussion, die Revision der Haftpflichtgesetze vom 25. Juni 1881 und 26. April 1887 für wünschenswert und empfiehlt den kompetenten Behörden eine baldige Anhandnahme derselben.“ — Zu einzelnen Re-

visionspostulaten: 1. **Berufskrankheiten.** In denjenigen Industrien, welche der Bundesrat als solche bezeichnet, die gefährliche Krankheiten erzeugen, haftet der Betriebsunternehmer für den durch Krankheit eines Angestellten oder eines Arbeiters entstandenen Schaden, wenn die Erkrankung erwiesenermassen und ausschliesslich durch den Betrieb der Fabrik erfolgt ist. Den hier geforderten Beweis vermag die innere Medizin als empirische Wissenschaft in der Regel nicht zu leisten: es können Kombinationen von Krankheiten vorliegen, oder es können „Berufskrankheiten“ auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden. Das Wort „ausschliesslich“ in Art. 3 des Fabrikhaftpflichtgesetzes von 1881 sollte deshalb gestrichen werden. Dagegen ist der Vorschlag des Korreferenten, dem Unternehmer den Beweis zu überbinden, dass eine Berufskrankheit nicht in seinem Betriebe entstanden sei, abzulehnen: das Prinzip der Haftpflicht, d. h. der Haftung für bestimmte Ereignisse in einem Betriebe, würde umgestossen und es würde durch die vorgeschlagene Verteilung der Beweislast die chemische Industrie in eine singuläre Rechtsstellung gebracht. Soll der Unternehmer für Schaden aus Berufskrankheiten, welche nicht ausschliesslich in seinem Betriebe verursacht wurden, haften, so ist seine Ersatzpflicht dagegen zu reduzieren, wenn beim erkrankten Arbeiter eine besondere Disposition zur Berufskrankheit vorlag, und es sollte ein bezüglicher Reduktionsgrund in Art. 5 des Fabrikhaftpflichtgesetzes von 1881 aufgenommen werden. Als Disposition zur Berufskrankheit kann in Betracht kommen Tuberkulose, hereditäre Syphilis, Bruchanlage, Anlage zur Blei-krankheit. So behaftete Menschen müssen den für sie gefährlichen Beruf verlassen, wie ein Schwachsichtiger den Uhrmacherberuf, und es soll ihnen im Erkrankungsfalle für den durch ihre Disposition erwachsenen Schaden kein Ersatzanspruch gegen den Unternehmer zustehen. — 2. **Zufall.** Nach einem Urteile des Obergerichtes von Schaffhausen vom 30. März 1883 liegt Zufall überall nicht vor, wo durch irgend welche Vorkehrungen der Unfall hätte verhütet werden können. Das Obergericht von Zürich erachtete es als Sache des Be-

klagten, den Zufall einredeweise zu beweisen, d. h. es habe der Beklagte darzuthun, dass er alle ihm nach dem Stande der Technik zu Gebote stehenden Mittel angewendet habe, um das schadenbringende Ereignis zu verhüten. Das Bundesgericht dagegen nimmt schon dann Zufall an, wenn der Unfall weder durch Verschulden des Arbeiters noch des Unternehmers herbeigeführt wurde. Zeerleder spricht von Zufall a) wenn die Ursache des Unfalles nicht ermittelt werden konnte oder b) die Ursache des Unfalls in einem nicht strafrechtlichen Verschulden einer dritten Person (nicht: Unternehmer, Mandatar, Repräsentant, Leiter, Aufseher) liegt oder Folge der auch beim normalen Betriebe sich ergebenden Gefahren ist. Gegen diese Auffassung der Juristen haben sich die Fabrikinspektoren im Jahresberichte von 1889 ausgesprochen und geltend gemacht, dass Zufall dann nicht vorliege, wenn ein Unfall durch zweckentsprechende Vorrichtungen hätte verhütet werden können oder wenn er die Folge einer spezifischen Betriebsgefahr sei. Nicht alle Schadensfälle, welche in den Digesten (vergl. l. 30 § 3 und l. 52 § 4 ad. leg. aquiliam, l. 18 comm. vel contra) als Zufall bezeichnet werden, sind auch heute so zu beurteilen. Da der Jurisprudenz obliegt, die Thatsachen zu ergründen und daraufhin das Recht zu weisen, so muss sie auch mit der Aenderung der naturwissenschaftlichen und technischen Erkenntnis die Lehre vom Zufall revidieren: Zufall sind nicht Unfälle aus den einem Betriebe naturgemäß innenwohnenden Gefahren, insbesondere da, wo diese Gefahren fast unvermeidlich sind, wie z. B. beim Betrieb von Holzbearbeitungsmaschinen, oder wo die Arbeiter naturgemäß gegen die Gefahren unempfindlich werden. —

3. Zu den Thesen des Referenten. Die These II ist aus ethischen Gründen abzulehnen, weil hauptsächlich das Konkubinat Nutzen daraus ziehen würde. Das Mass der in These 4 vorgeschlagenen Reduktion der Ersatzpflicht bei Zufallshaft ist besser dem richterlichen Ermessen zu überlassen als im Gesetze zu fixieren. Das Vorzugsrecht des Entschädigungsberechtigten laut These 14 ist besonders im Falle eines Nachlassvertrages notwenig, weil hier der Gläubiger für den Ausfall

seiner Forderung nicht einmal einen Verlustschein bekommt. Wenn man an der Maximalgrenze der Ersatzpflicht, wie in These 4 vorgeschlagen wird, nicht festhalten will, so ist der Versicherungzwang gegenüber dem Unternehmer notwendig und müsste der Bund eine Versicherungskasse gründen: Das wäre ein guter Boden für die allgemeine Unfall- und Krankenversicherung, welche doch einmal kommen muss.

Herr Advokat *Repond* (Bern): Dans l'intérêt de la revision des lois sur la responsabilité civile et pour lever un obstacle que les thèses des deux rapporteurs me paraissent placer sur sa route, je crois devoir vous mettre en garde, Monsieur le Président et Messieurs, contre l'obligation imposée aux chefs d'entreprise de s'assurer contre le risque de leur responsabilité. Cette obligation ne diminue pas seulement les chances d'adoption du projet qui la contiendra, mais elle a le tort de déplacer la question qui nous est posée. Nous avons à étudier ici la revision des lois de responsabilité civile et non leur remplacement par le système de l'assurance obligatoire combiné avec le libre choix de l'assureur. Or c'est en réalité ce système d'assurance que les rapporteurs nous proposent, mais sous une forme équivoque, moins claire et logique que celle de la loi italienne.

Je ne prétends toutefois pas que la revision à entreprendre ne doive pas s'étendre aussi aux rapports du risque professionnel avec l'assurance facultative. Au contraire, ce point me paraît devoir être compris dans le programme de revision, car il est susceptible d'une amélioration importante. Je m'associe en particulier à Monsieur Lang lorsqu'il reproche à la loi actuelle de faire contribuer l'ouvrier à une prime d'assurance qui ne lui procure aucun droit. Il faut mettre fin à cet état de choses en assurant directement l'ouvrier, en le faisant intervenir au contrat d'assurance et en ne lui demandant une contribution qu'en vertu d'un contrat signé par lui.

C'est pourquoi je reprends ici une proposition déjà faite dans une brochure que j'ai publiée l'année dernière, proposition tendant à introduire dans notre loi revisée l'accord hors la loi (contracting out) prévu par la loi anglaise de

1897. Ce système consiste à substituer au régime de la responsabilité civile, moyennant approbation de l'autorité, un contrat d'assurance passé par le chef d'entreprise en faveur de ses ouvriers et qui assure à ceux-ci et de leur contentement, en cas d'accident, le minimum de prestations fixé par la loi. En fait, comme en Angleterre, ce contrat garantira vraisemblablement aux ouvriers des avantages supérieurs au minimum légal, à la condition toutefois que celui-ci laisse une marge suffisante aux confessions à obtenir des patrons.

Sous un tel régime, en cas de procès, c'est le contrat d'assurance qui forme la loi des parties, et la loi de responsabilité n'est plus applicable qu'aux patrons qui n'ont pas conclu un arrangement avec leurs ouvriers. Nous obtenons ainsi la substitution de l'assurance au risque professionnel sans le concours de la contrainte et uniquement par l'attrait des avantages attachés à cette combinaison. La sûreté de cette méthode législative doit en faire pardonner la lenteur; et il suffit d'amender sur un seul point les thèses des rapporteurs pour y introduire une institution des plus pratiques, qui a fait ses preuves dans un grand pays industriel.

Herr Professor Dr. *Rölli* (Zürich). 1. Mit Recht hat sich der Korreferent dagegen erklärt, die Abgrenzung des Kreises der haftpflichtigen Betriebe dem Bundesrat zu überlassen, denn man kann nicht die Ausführung eines Gesetzes in der Art und Weise in die Hand einer Verwaltungsbehörde legen, dass sie auch den Geltungsbereich desselben bestimmen soll. Schon beim Erlass des Gesetzes darf man wissen, woran man ist. Dagegen könnte die Abgrenzung des Geltungsbereiches im Gesetze selbst etwa in Anschluss an den Vorschlag Feigenwinters (s. Referat, S. 507, Anm. 12) stattfinden. — 2. Bei der Frage nach dem Einflusse des Verschuldens auf den Haftpflichtanspruch ist dem Vorschlage des Referenten beizupflichten, bei grobem Verschulden des Verunfallten eine Reduktion, keinen totalen Wegfall des Schadenersatzanspruchs eintreten zu lassen; immerhin muss im Gesetz bestimmt werden, wie gross diese Reduktion sein soll. Bei leichtem Verschulden des Verunfallten soll der Haftpflichtan-

spruch dagegen nicht beschränkt werden, denn wenn Versehen und Unaufmerksamkeiten zu den nicht zu vermeidenden Missgriffen des täglichen Lebens gehören, so darf man nicht aus civilrechtlichen Gründen die Diligenzpflicht verschärfen. In entsprechender Weise dürfte dann aber auch das leichte Verschulden des Arbeitgebers und des Aufsichtspersonals keinen Grund bilden, die regelmässige Haftpflicht zu erweitern. — Die gesetzliche Festlegung eines Maximums des Schadenersatzanspruches bildet eine unnatürliche Lösung des Haftpflichtproblems. Bei der Revision dieser Bestimmung erhebt sich aber die Frage, ob die bei Einführung des Maximums massgebenden Gründe heute noch fortbestehen. Das ist zu bejahen. Das Volk würde ein Gesetz ohne Maximum verwerfen, besonders, wenn gleichzeitig auch der Kreis der haftpflichtigen Betriebe noch erweitert werden soll. Die Aufhebung des Maximums würde aber auch der Tendenz, die Versicherung der Arbeiter zu erleichtern, entgegenstehen, weil die unlimitierte Versicherung teurer sein würde. Dagegen sollte das Maximum erhöht werden, etwa auf 10,000 Franken. Innerhalb dieser Grenze wären in Todesfällen zwei Dritteile des Schadens zu vergüten. Die Beschränkung des Haftpflichtanspruches auf den sechsfachen Jahreslohn sollte ganz wegfallen, da sie namentlich dann zu Ungerechtigkeiten führt, wenn noch nicht voll ausgebildete Arbeiter (Knaben, Mädchen) einen Unfall erleiden. — 4. Die Kurquote, d. h. die Entschädigung für vorübergehende Arbeitsunfähigkeit, sollte neben den Heilungskosten nur etwa vier Fünfteile des Lohnes ausmachen, um allfälliger Simulation des Krankseins vorzubeugen. — 5. Die Frage, ob die Unfallentschädigung in Form einer Rente oder einer Kapitalabfindung erfolgen soll, ist vom Standpunkt der socialen Lage der arbeitenden Klassen zu beantworten: eine Rente sichert letztere im Normalfalle besser. Auf alle Fälle aber sollte auf Zahlung einer Rente dann erkannt werden, wenn gemäss Art. 8 Abs. 2 des Fabrikhaftpflichtgesetzes von 1881 ein Rektifikationsvorbehalt zu Gunsten des Arbeitgebers gemacht wird; sonst ist der Vorbehalt für letzteren meistens wertlos. — 6. Die Ver-

jährungsfrist darf nicht auf zwei Jahre ausgedehnt werden, weil die Versicherungsgesellschaften die Schadensfälle in kurzer Frist abzuwickeln haben, wenn nicht Komplikationen im Betrieb entstehen sollen; nur beim Rektifikationsvorbehalt dürfte eine Fristerstreckung auf zwei Jahre zugelassen werden.

— 7. Dem Arbeitgeber soll die Pflicht, seine Arbeiter zu versichern, überbunden werden. Die bezügliche Freiheit, welche in England herrscht, ist nicht auch für die schweizerischen Verhältnisse vorbildlich, weil in England die Arbeiterschaft in ganz anderem Masse organisiert ist als in der Schweiz, weil die englischen Arbeiter mit den Versicherungsbedingungen bekannt sind, die schweizerischen nicht, weil endlich die Versicherungsgesellschaften in England anders arbeiten als in der Schweiz. Will man die Versicherungspflicht, so muss man aber auch die Versicherung des Arbeiters selbst und gewisse Mindestleistungen der Versicherungsgesellschaften fordern, insbesondere dann, wenn der Arbeiter selbst beitragspflichtig sein soll. Man kann dem Arbeiter nicht zumuten, Beiträge an eine Versicherung zu leisten, welche den Arbeitgeber gegen die Folgen von dessen Haftpflicht, also einen Andern gegen dessen Gefahr, versichert, und wo infolge dessen der Versicherer diesem Andern, nicht dem verunfallten Arbeiter, die Entschädigung auszuzahlen verpflichtet ist. Daher muss man Arbeiter-, nicht Haftpflichtversicherung fordern. Da ferner die verschiedenen Gesellschaften verschieden versichern, die französischen meist den vierhundertfachen, die schweizerischen den tausendfachen Taglohn, so ist durch Festsetzung von Mindestleistungen Gewissheit zu verschaffen, dass die gewollte Deckung durch die Versicherungspflicht wirklich bestehe.

Herr Alt-Bundesrichter Dr. *Leo Weber* (Bern). Ich werde mich darauf beschränken, die Revisionsbedürftigkeit des Gesetzes in einigen Punkten nachzuweisen. In Art. 3 des Fabrikhaftpflichtgesetzes von 1881 bezieht sich das Wort „ausschliesslich“ auf die Verursachung der Berufskrankheit. In diesem Jahre nun ist vor Bundesgericht die Frage aufgeworfen worden, ob der Unternehmer nur hafte, wenn die

Berufskrankheit ausschliesslich in seinem, nicht in andern Fabrikbetrieben verursacht worden sei, und ob er der Haftpflicht nicht unterliege, wenn die Berufskrankheit in einer andern Fabrik entstanden und in seiner Fabrik nur erschwert worden sei. Das Bundesgericht hat erklärt, dass es nach Art. 3 des cit. Ges. nur darauf ankomme, ob die Krankheit einen andern Erreger habe als den Geschäftsbetrieb (vergl. Entsch. des Bundesgerichts Bd XXVII, 2. Teil, pag. 16 ff.). Dieser Schwierigkeit will die These IV des Korreferenten abhelfen, wonach, wenn der Kläger das Vorliegen einer Berufskrankheit nachweist, es dem Beklagten obliegen soll, darzuthun, dass die Krankheit überhaupt nicht durch den beklagten Betrieb erzeugt worden ist. Die gute Wirkung dieser Bestimmung würde sein, dass die Fabrikanten nicht in leistungsfertiger Weise Arbeiter einstellen, welche schon an einer Berufskrankheit leiden, sondern genötigt wären, ihre Arbeiter bei der Anstellung untersuchen zu lassen und mit Berufskrankheiten behaftete Personen zurückzuweisen. Die Fabrikanten würden sonst haftbar erklärt für den Zustand, in welchen letztere in der Fabrik geraten könnten. — Das deutsche Reichshaftpflichtgesetz, nach welchem die Entschädigung in der Regel in der Form einer Rente zuzubilligen ist, hat den Haftpflichtigen berechtigt, jederzeit die Aufhebung oder Minderung der Rente zu fordern, wenn diejenigen Verhältnisse, welche die Zuerkennung oder Höhe der Rente bedingt hatten, inzwischen sich verändert haben. Ein entsprechendes Recht auf Erhöhung oder Wiedergewährung der Rente gewährte jenes Gesetz unter gewissen Voraussetzungen auch dem Verletzten. Diese Spezialbestimmungen für die Haftpflicht sind nun durch das allgemeine Recht ersetzt worden, indem Art. 323 der revisierten Reichscivilprozessordnung folgende allgemeine Regelung trifft: „Tritt im Falle der Verurteilung zu zukünftig fällig werdenden, wiederkehrenden Leistungen eine wesentliche Änderung derjenigen Verhältnisse ein, welche für die Verurteilung zur Entrichtung der Leistungen, für die Bestimmung der Höhe der Leistungen oder der Dauer ihrer Entrichtung massgebend waren, so ist jeder Teil berechtigt, im Wege der

Klage eine entsprechende Änderung des Urteils zu verlangen.“ Diese Normierung ist den Lebensverhältnissen viel besser angepasst als unsere Nachklage, besonders wenn man von der, im Gesetze allerdings nicht begründeten Annahme ausgeht, dass die Nachklage sich im Rahmen der ursprünglichen Klageforderung bewegen müsse, wodurch man den Verletzten zwingt, Forderungen zu stellen, welche wenigstens zur Zeit der ersten Klageanhebung noch nicht begründet sind. — Da das Maximum in der Judicatur die allergrößten Ungerechtigkeiten zur Folge hat, da es widersinnig ist, dem einen Arbeiter, welcher für 6000 Franken geschädigt wurde, vollen Schadenersatz zu gewähren, und dem andern Arbeiter, welcher einen Schaden von 10,000 Franken erlitt, auch nur 6000 Franken gutzusprechen, so muss das Maximum aufgehoben werden. Um aber die Haftpflicht nicht allzusehr zu verschärfen, könnte man eine Grenze festsetzen, bis zu welcher der Schaden voll zu ersetzen wäre, und bei Schädigung über diese Grenze hinaus eine Degression der Ersatzpflicht eintreten lassen. — Das Eisenbahnhhaftpflichtgesetz kennt weder ein Maximum der Ersatzpflicht noch eine Reduktion wegen Zufalls, noch die Beschränkung, dass der Richter nur mit Zustimmung aller Beteiligten auf Zahlung einer Rente erkennen darf. Es ist deshalb zu erwägen, ob man nicht die Vorteile und Verbesserungen des Eisenbahnhhaftpflichtgesetzes ins Fabrikhaftpflichtrecht aufnehmen wolle, ob nicht die Haftpflicht im Fabrik- und im Eisenbahnbetrieb etc. in einem und demselben Gesetze geregelt werden solle. Dabei könnte auch die Anregung des Herrn Repond erwogen werden, ob nicht in das allgemeine Haftpflichtgesetz eine Bestimmung aufzunehmen sei, wonach die gesetzliche Haftpflicht durch Versicherung ausgeschlossen würde.

In diesem Sinne beantragt Dr. *Leo Weber*, folgende Resolution zu fassen: „Der schweizerische Juristenverein, in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit den ihm über diese Frage erstatteten Referaten, ist der Ansicht, dass die schweizerische Haftpflichtgesetzgebung dringend der Revision bedarf. Er empfiehlt den Bundesbehörden die sofortige Anhand-

nahme dieser legislativen Arbeit, mit der Bemerkung, dass dabei in Erwägung gezogen werden dürfte, ob nicht die Haftpflicht der Eisenbahn- und Dampfschiffahrt-Unternehmungen und die Haftpflicht aus Fabrikbetrieb in einem einzigen Gesetze geregelt werden sollten, und ob es sich nicht empfehle, den Beteiligten unter gewissen Kautelen die Befugnis einzuräumen, die gesetzliche Haftpflicht durch freiwillige Versicherung zu ersetzen.“

Herr Fürsprech Dr. *Brüstlein* (Bern). Das juristische Gewissen kann nicht eher befriedigt sein, als bis der letzte Zielpunkt erreicht, die Haftpflicht ein Bestandteil des gemeinen Rechtes geworden ist, indem der Dienstvertrag mit der Haftpflicht-Verbindlichkeit des Dienstherrn als zwingender Norm versehen wird. Die gesetzgeberische Begründung der Verbindung der Haftpflicht mit dem Dienstvertrage liegt darin, dass der Dienstherr als der im allgemeinen ökonomisch besser Situierte und kulturell höher Stehende die Möglichkeit hat, sich gegen den Schaden aus Haftpflicht zu versichern. Die Beschränkung der Haftpflicht nach der Grösse der mit einem Betriebe verbundenen Gefahr beruht auf einer juristisch unhaltbaren Erwägung: warum soll der Dienstherr in Betrieben, wo Unfälle seltener sind, keine Entschädigung für einen erlittenen Unfall erhalten? Die Begründung der Haftpflicht aus der Verwendung von Motoren wäre schon für die gegenwärtige Gesetzgebung, wo es auch ohne Motorbetrieb Haftpflicht giebt, nicht ausreichend.

Verhandlungen vom 24. September.

I.

Fortsetzung der Diskussion über die Revision der Fabrikhaftpflichtgesetze.

Herr Fürsprech Dr. *Feigenwinter* (Basel). Wenn man sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellt, dass es in unserm Rechtsleben einen Fortschritt bedeute, mit den Gefahren des Betriebes den Betriebsinhaber zu belasten, so sind damit von selbst auch als Ziele einer Revision gegeben:

1. Die in den Haftpflichtgesetzen enthaltene Kompen-sation des römisch-rechtlichen Standpunktes (Haftung aus Verschulden) und des Haftpflichtgrundsatzes aus denselben zu beseitigen. Im Eisenbahnhhaftpflichtgesetz soll, nach der bundesrätlichen Botschaft vom 1. März 1901, die Haftung aus Verschulden unter die Grundsätze des Obligationenrechtes gestellt werden. Was für die Eisenbahnhhaftpflicht als richtig anerkannt wird, muss auch für die Gewerbehhaftpflicht gelten, und es geht nicht an, deswegen, weil dem Inhaber eines Betriebes die Haftpflicht überbunden sei, gewissermassen als Schadlos-haltung seine Haftbarkeit aus Verschulden wieder zu mindern.

2. Den Kreis der haftpflichtigen Gewerbe nicht einzuschränken. Man ist auf dem Weg, überhaupt mit dem Dienst-vertrag die Haftpflicht zu Lasten desjenigen, für welchen die Arbeit geleistet wird, zu verbinden. Nach § 618 des bürger-lichen Gesetzbuches für das deutsche Reich liegt es dem Dienstberechtigten ob, Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften, welche er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen habe, so einzurichten und zu unterhalten, und Dienst-leistungen, welche unter seiner Anordnung oder seiner Leitung vorzunehmen seien, so zu regeln, dass der Dienstverpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt wird, als die Natur der Dienste es gestattet. Die französische Ge-setzgebung stellt unter Haftpflicht diejenigen Betriebe, welche durch andere als menschliche oder tierische Kräfte in Be-wegung gesetzt werden: die Motive zum französischen Gesetz sagen, dass, so lange ein Mensch oder Tier die Triebkraft liefere, der Mensch als vernünftiges Wesen und Lenker des Tieres jederzeit die Herrschaft über diese Kraft habe und es deshalb nicht notwendig sei, eine besondere Haftpflicht an-zuordnen. Bei dieser Regelung wird wenigstens erreicht, dass auch landwirtschaftliche Betriebe, soweit sie mit Motoren arbeiten und daher auch zur Tragung der Lasten der Haft-pflicht fähig erscheinen, unter die Haftpflichtgesetze fallen. Dagegen würde nicht schon der Gebrauch einer Futter-schneidemaschine haftpflichtig machen, was für die Chancen eines Gesetzes von Bedeutung zu sein scheint.

3. Die Aufhebung des Maximums der Ersatzpflicht. Gegen die Gefahr der grösseren Haftpflicht steht jedem, und insbesondere den kleineren Unternehmungen, die Versicherung offen. Die Aufhebung des Maximums würde keine unerträgliche Erhöhung der Prämien nach sich ziehen; nach eingezogenen Erkundigungen vielleicht eine solche von 20 bis 25 %.

4. Den Ausschluss des Arbeiters von der Prämienzahlung zur Haftpflichtversicherung. Anders verhält es sich, wenn die Versicherung auch das leichte Verschulden des Arbeiters oder alle Unfälle desselben, nicht nur die Betriebsunfälle, umfasst.

Die Revision der Haftpflichtgesetze sollte dagegen nicht eine Erleichterung der Zusprache einer Rente an Stelle einer Kapitalabfindung anstreben, weil einerseits bei uns von den Arbeitern wie von den Versicherungsgesellschaften nur wenig Klagen über die Kapitalabfindung laut werden, und weil andererseits in Deutschland, wo die Rentenentschädigung Regel ist, oft über letztere geklagt wird. Wenn dem Richter die das Mass der Entschädigung bestimmenden Verhältnisse nicht klarliegen, wird besser mit einer Fristerstreckung zur Geltendmachung der Rektifikationsklage geholfen. Bei traumatischer Neurose, wo der Verletzte selbst zur Heilung beitragen muss, wirkt die Rentenabfindung oft geradezu schädlich, indem die Furcht, die Rente zu verlieren, das Verhalten des Verletzten bestimmen kann.

M. le Conseiller fédéral *Robert Comtesse*, chef du Département de Justice et Police. Je ne veux pas entrer à cette heure dans de longs développements et me bornerai à présenter certaines réflexions qui me paraissent s'imposer.

Il ne faut pas aggraver démesurément les charges déjà lourdes qui pèsent sur notre industrie et portent sur les patrons et les ouvriers, et il ne faut pas oublier que le problème à résoudre est avant tout un problème d'intérêt social et économique; les juristes indiquent des solutions spéciales, mais ces solutions sont impuissantes à surmonter les difficultés économiques du problème.

Je constate en effet que les solutions fort intéressantes que j'ai entendu proposer ici laissent subsister une bonne

partie des inconvenients qu'on reproche à la législation actuelle.

Il en est ainsi en particulier de l'insécurité du paiement. Le législateur ne peut se désintéresser du paiement de l'indemnité. Les rapporteurs proposent l'assurance obligatoire avec libre choix de l'assureur, mais beaucoup de patrons ne trouvent pas d'assureur, ou n'en trouvent qu'à des conditions qui rendent pratiquement l'assurance impossible. Il faut donc mettre à la disposition de ces patrons, par la voie d'une caisse publique, une assurance spéciale, qui ne peut être qu'une assurance d'Etat. Et comme partisan de la loi d'assurance obligatoire rejetée, je m'accorde la satisfaction de constater qu'on en revient forcément à l'assurance obligatoire d'Etat et qu'on bâtit à nouveau sur cette base.

Les solutions proposées ne remédient pas non plus à l'inégalité entre ouvriers assurés et ouvriers non assurés. Et il n'y aura pas d'amélioration réelle tant que cette inégalité n'aura pas disparu.

Il faudrait également trouver un moyen plus efficace que celui qu'on propose, de tarir la source des difficultés qui viennent de ce que les Compagnies d'assurance veulent plaider alors que les patrons ne le voudraient pas.

Enfin et surtout, la révision telle qu'elle est proposée risque d'entraîner pour nos industriels des charges beaucoup plus considérables que celles qui seraient résultées de l'assurance obligatoire d'Etat.

On a dit hier que le domaine dans lequel se meut cette discussion est celui de l'opportunité. Je le crois aussi. Mais je ne crois pas qu'il soit opportun de réviser les lois sur la responsabilité civile dans le moment actuel, avant d'avoir entendu les voix et les vœux des patrons et des ouvriers. Les Inspecteurs des fabriques rapportent unanimément dans ce sens qu'il faut attendre et voir encore s'il ne conviendrait pas de revenir à un système d'assurance obligatoire restreinte aux accidents, en laissant de côté l'assurance maladie.

M. le prof. *Armand de Riedmatten* (Sion). Quatre éléments sont à considérer dans ce problème, et se lient indissoluble-

ment; le droit commun, le risque professionnel, le maximum d'indemnité, l'assurance.

En sortant du droit commun, pour admettre un risque professionnel rigoureux, il faut nécessairement édicter un maximum d'indemnité, et il faut rendre l'assurance possible.

Plus le risque sera sévère, plus l'assurance sera difficile.

Tout en rendant hommage au travail des rédacteurs, je ne puis donc que me rallier aux sages paroles de Monsieur le chef du département de Justice et police; les questions de responsabilité industrielle et d'assurance ne peuvent être traitées séparément, et j'estime que le moment n'est guère opportun pour procéder à la refonte des deux lois existantes.

Herr Dr. *Ryf*, Advokat (Zürich). Wir sollten in unseren Verhandlungen wieder zu einer gewissen Einfachheit zurückkehren, da es ausgeschlossen ist, dass man hier mit einigem Nutzen und Erfolg im Detail sich mit ganzen Gesetzesentwürfen beschäftigen kann. Eine Abklärung, wie sie einem Beschluss des schweizerischen Juristenvereins vorangehen sollte, ist selbst bei der vorliegenden, eigentlich recht einfachen Frage, noch nicht eingetreten, und es ist deshalb nicht möglich, sich bestimmt über etwas zu entscheiden. Auszuscheiden von der Diskussion und Beschlussfassung sind so dann die gesetzespolitischen, nicht spezifisch juristischen und daher dem Juristenverein nicht zur Lösung obliegenden Fragen, so die Frage der Versicherung, soweit es sich um eine gesetzgebungspolitische Frage handelt, d. h. die obligatorische Versicherung.

Das Präsidium: Es ist möglich, dass zu weite Themen gewählt werden; aber hinsichtlich der Revision der Haftpflichtgesetze hat eben der Vorstand von der Versammlung in St. Gallen einen verbindlichen Auftrag erhalten.

Der Referent Herr Dr. *Lang* (Zürich). Es giebt Unfälle, welche in keinem ursächlichen Zusammenhange mit dem Geschäftsbetrieb stehen, sondern wo der Zusammenhang mit dem letzteren nur ein zeitlicher und räumlicher ist, so z. B. wenn ein Arbeiter in der Fabrik ausgleitet und sich verletzt. Hier haftet der Arbeitgeber. Wenn das Haftpflichtgesetz in

solchen Fällen den Unternehmer verantwortlich macht, so schafft es damit ganz neues, im Dienstvertrag nicht enthaltenes Recht; ein Haftpflichtgesetz, welches aufgebaut wäre auf dem Dienstvertrag, müsste hier Halt machen, und überall, wo reiner Zufall vorhanden ist, die Haftpflicht verneinen. — Gegenüber Herrn Dr. Ryf ist einzuwenden, dass es sich im Juristenverein nicht darum handelt, detaillierte Vorschläge für eine Gesetzesrevision aufzustellen, sondern dass es genügen muss, die Frage in Fluss gebracht zu haben und den Behörden Fingerzeige zu geben; eine Versammlung, welche aus Richtern, Beamten und Anwälten beider Parteien besteht, sollte hiezu geeignet sein.

M. *Charles Berdez* (Lausanne). Je tiens à constater que je ne renonce à aucune de mes thèses. Je ne veux cependant pas en reprendre la discussion, en répondant aux objections faites, estimant que le principal profit que l'on peut retirer d'une discussion comme celle-ci est de noter les opinions exprimées et les positions prises de part et d'autre. Il faut cependant que sur un point la société des Juristes se prononce nettement: Y a-t-il lieu, oui ou non, de reviser les lois de responsabilité?

J'ai entendu avec regret la déclaration de Monsieur le Conseiller fédéral Comtesse, d'après laquelle une semblable révision serait inopportune, seule l'assurance obligatoire pouvant remédier aux inconvénients actuels. Pour moi, la question n'est pas de se prononcer à un point de vue exclusivement théorique pour le système de l'assurance obligatoire ou pour le système de la responsabilité civile. Ainsi que je l'ai indiqué dans mon rapport, le choix entre les deux systèmes doit dépendre essentiellement de raisons d'opportunité. Nous devons nous placer à un point de vue pratique et examiner ce qu'il faut entreprendre actuellement étant donné le rejet d'une loi d'assurance obligatoire par l'Etat.

Remarquons qu'il faut avoir soin de distinguer entre l'assurance obligatoire par l'Etat et l'assurance obligatoire avec libre choix de l'assureur. Le premier de ces systèmes a été condamné par le peuple suisse. Il a été abandonné

par toutes les législations récentes. Il n'en est pas de même du système de l'assurance obligatoire avec libre choix de l'assureur. C'est ce système, combiné avec celui de la responsabilité civile, que nous proposons par l'ensemble de nos thèses. Ces deux principes, „responsabilité civile“ et „assurance obligatoire,“ ne sont point contraires, ils sont plutôt destinés à s'harmoniser et à se compléter. Combinés ils fonctionnent d'une façon normale en Finlande et en Italie.

Le régime que nous proposons peut remédier à tous les inconvénients principaux du système actuel. Les réformes telles que celles relatives à l'influence de la faute, au paiement des indemnités en rentes au lieu du paiement en capital, à la simplification de la procédure etc. sont possibles aussi bien avec ce régime qu'avec celui de l'assurance obligatoire proprement dite.

Nous reconnaissons, d'autre part, avec M. le Conseiller fédéral Comtesse, que le but principal à atteindre est de donner le plus de garanties possible à l'ouvrier en ce qui concerne le paiement des indemnités qui lui sont dues. Mais ce but serait atteint si l'on adoptait nos propositions. Avec le privilège accordé en cas d'insolvabilité et le droit de gage sur les sommes dues par les assureurs, cette garantie est presque absolue. Veut-on la garantie absolue? On peut y arriver. En France, la statistique a démontré qu'avec le régime de la loi de responsabilité de 1898 on pouvait admettre qu'une somme de Fs. 500,000 environ suffirait annuellement pour garantir les salariés contre les risques découlant de l'insolvabilité des chefs d'entreprises. En admettant qu'en Suisse sous le régime nouveau une somme de Fs. 100,000 serait annuellement nécessaire pour la couverture de ce risque, nous sommes certainement au dessus de la réalité. Ne pourrait-on pas équilibrer largement ce déficit au moyen d'une partie des intérêts du fonds fédéral des assurances, de même qu'on le couvre en France par le prélèvement d'une cotisation, des plus minimes, imposée aux chefs d'entreprises?

On objecte à notre système la difficulté pour les petits patrons de trouver un assureur. Si l'Etat n'assure pas lui-

même ces petits patrons, nous dit-on, ils seront à la merci des compagnies d'assurance qui repousseront leurs risques parce qu'ils présentent trop d'aléa ou qui leur imposeront une prime beaucoup trop élevée. Cette objection est plus spécieuse que difficile à réfuter. Elle est absolument contredite par ce qui ce passe en réalité sous le régime actuel. Les petits patrons ne présentent pas nécessairement des risques plus considérables que les grandes entreprises. Si actuellement ils ne s'assurent pas, ce n'est nullement parce qu'ils ne trouveraient pas d'assureurs. C'est uniquement parce qu'ils ne sont pas soumis à la responsabilité civile. Nous posons en fait que, grâce à la concurrence des assureurs, tout patron, quelle petite que soit son entreprise, peut se garantir moyennant une prime adéquate au risque qu'il représente. Une enquête quelque peu approfondie le démontrerait facilement. En admettant même que les sociétés anonymes ne recherchassent pas l'assurance de ces risques, il ne faut pas oublier que les sociétés d'assurance mutuelle contre les accidents, qui se créent de toute part en Suisse et ne poursuivent aucun but de lucre, mettent exactement sur le même pied petits patrons et grandes entreprises. Que l'assurance soit une assurance d'Etat ou une assurance privée, elle ne peut échapper à la nécessité de fixer la prime d'après l'importance du risque, qu'en tombant dans l'arbitraire. Aussi bien sous le régime de l'assurance d'Etat que sous le régime que nous proposons, l'Etat ne peut aider au petit patron qu'à l'aide de subvention. Pour l'un et l'autre régime, le problème est exactement le même. Il ne constitue donc pas un vice inhérent à la responsabilité civile.

Je dois reconnaître que la révision des lois de responsabilité civile sur les bases proposées n'exclut nullement dans mon idée la possibilité d'aboutir un jour ou l'autre à un système d'assurance obligatoire proprement dit, en tant du moins que l'on abandonnerait le désir de faire de la Confédération l'assureur exclusif.

Mais cette révision des lois de responsabilité est une étape absolument nécessaire si l'on veut procéder avec pru-

dence, ménager les transitions et profiter des expériences décisives qui se font dans les pays qui ont adopté au cours des dernières années des lois nouvelles tendant au même but que la législation allemande, mais par des moyens différents.

S'il faut être prudent en cette matière, par contre j'estime qu'il faut faire un pas en avant et remédier aux défauts du régime actuel, surtout en ce qui concerne les garanties accordées aux ouvriers. C'est pourquoi je regrette de ne pouvoir adopter le système, très intéressant, proposé par M. Respond. Ce système peut être opportun dans un pays comme l'Angleterre, où l'assurance a atteint son plus grand développement. Nous sommes bien loin en Suisse d'être arrivés à une situation pareille. Si l'obligation à l'assurance, pour tous ceux qui ne peuvent rester normalement leurs propres assureurs, n'est pas imposée par la loi, comme aujourd'hui les patrons prévoyants seuls substitueront l'assurance à la responsabilité civile et les imprévoyants continueront à être exposés, eux et leurs salariés, aux pires catastrophes.

En résumé, j'estime qu'il est absolument nécessaire de faire quelque chose pour améliorer sans retard le régime actuel de responsabilité civile. Je crois qu'il est possible d'aboutir à ces améliorations en revisant ce régime sans l'abandonner et en introduisant une obligation à l'assurance qui ne le dénature pas et ne peut que le fortifier. J'espère donc que la société des Juristes prendra une décision et j'estime que dans les circonstances actuelles elle ne peut mieux faire que d'adopter la résolution générale favorable à la revision qui lui est présentée et à laquelle je me rallie.

Das Präsidium erklärt die Diskussion als geschlossen, und teilt mit, dass Referent und Korreferent sich auf folgende Resolution geeinigt haben:

Der schweizerische Juristenverein hat in seiner Jahressammlung in Zug die Frage diskutiert, ob und inwieweit die Haftpflichtgesetze von 1881 und 1887 zu revidieren seien. Der Juristenverein spricht sich über diese Frage folgendermassen aus: Die genannten Haftpflichtgesetze sind einer um-

fassenden Revision zu unterwerfen, insbesondere nach folgenden Richtungen:

1. Der Kreis der haftpflichtigen Gewerbe ist auszudehnen.
2. Die Ausmittlung der Entschädigung auf Grundlage des heute geltenden Maximums ist ungerecht und unhaltbar.
3. Die Haftpflichtentschädigung ist in der Regel in Form einer Rentenabfindung auszurichten.
4. Der Arbeitgeber hat seine Arbeiter auf Grund der Bestimmungen des zu erlassenden Gesetzes gegen die Betriebsunfälle zu versichern; die Mindestleistungen sind gesetzlich festzulegen.

Abstimmung: In eventueller Abstimmung werden die Detailvorschläge der Referenten Ziff. 1, 2 u. 4 und additionell die von Alt-Bundesrichter Dr. Leo Weber beantragte Resolution angenommen, Ziff. 3 der Resolution der Referenten dagegen mit 34 gegen 32 Stimmen abgelehnt. In der weiteren Abstimmung darüber, ob nur eine allgemeine Resolution im Sinne des Antrages des Präsidenten Dr. Huber in Basel gefasst oder auch die in eventueller Abstimmung angenommenen Detailvorschläge festgehalten werden sollen, werden die Detailvorschläge mit 68 gegen 30 Stimmen fallen gelassen. In der Schlussabstimmung wird gegenüber dem Antrage, überhaupt keinen Beschluss zu fassen, die allgemeine Resolution mit grosser Mehrheit definitiv angenommen.

II.

Zu Tagessekretären zwecks Protokollierung der folgenden Verhandlungen werden bestimmt die Herren Dr. *Peyer*, Rechtsanwalt (Zürich) und Dr. *Panchaud* (Bern).

III.

Ueber die Jahresrechnung erstattet Bericht Herr Advokat *Repond* (Bern).

Die Einnahmen betragen	Fr. 5239.30
Die Ausgaben	„ 3709.45

Einnahmenüberschuss Fr. 1529.85

Das Gesamtvermögen auf 30. Juni 1901 beträgt Fr. 16,671.70.

Der Spezialfond für Herausgabe schweizerischer Rechtsquellen ergiebt an Einnahmen Fr. 4485.20, an Ausgaben Fr. 400. Das Vermögen dieses Spezialfonds beläuft sich auf Fr. 17,689.20.

Der Antrag der Revisoren lautet auf Genehmigung der Rechnung unter Verdankung an den Rechnungssteller.

Dieser Antrag wird zum Beschluss erhoben.

IV.

Herr Professor Dr. *Huber* (Bern) verliest den Bericht der Kommission für Herausgabe schweizerischer Rechtsquellen, welcher folgendermassen lautet:

Die von Ihnen für die Herausgabe der schweizerischen Rechtsquellen niedergesetzte Kommission empfindet schwer den Verlust, den sie durch den plötzlichen Tod ihres Mitgliedes Bundesrichter Dr. Charles Soldan erlitten hat. Sein warmes Interesse für dieses Unternehmen und sein tiefes Verständnis für die gestellte Aufgabe hat sich in hervorragender Weise bei der Aufstellung des Arbeitsplanes bethätigt und grosse Dienste geleistet. Seine wohlerwogene Ansicht werden wir gerade bei der Inangriffnahme der Rechtsquellen der romanischen Schweiz sehr vermissen.

In der nächsten Zeit wird ein dritter Band unserer Sammlung zur Ausgabe gelangen, nämlich der erste Band der Berner Stadtrechtsquellen, enthaltend die Berner Handveste, das Satzungsbuch der Stadt Bern und die Stadtsatzung von Bern von 1539, bearbeitet von Herrn Dr. Emil Welti. Die Publikation dieser Rechtsquellen ist in diesem Umfange und in der kritischen Sichtung, wie sie hier geboten wird, neu und von grosser Wichtigkeit für die Kenntnis des alten Rechts von Bern. Wir empfehlen daher dieses Werk ganz besonders Ihrer Aufmerksamkeit.

Für die nächsten Jahre sind als weitere Publikationen in Aussicht genommen und in Vorbereitung die Fortsetzung der Aargauer Rechtsquellen und ein Band der Weistümer von St. Gallen. Der Stand der Vorarbeiten giebt auch der Hoffnung Raum, dass, was wir hier besonders gerne anfügen,

ein Band der Rechtsquellen von Stadt und Amt Zug in einigen Jahren zur Veröffentlichung gelangen werde. Hoffentlich wird es dann auch gelingen, aus der romanischen Schweiz, vielleicht aus Genf, mit einer längst zum Bedürfnis gewordenen Edition ans Tageslicht zu treten.

Für das nächste Rechnungsjahr ersuchen wir Sie wieder um einen Kredit von Fr. 1000.

Der gewünschte Kredit wird einstimmig genehmigt.

V.

Referate über die Revision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes.

Bundesrichter Dr. *Bachmann*. Meinem gedruckten Referate habe ich noch folgendes beizufügen:

Ich bitte um Entschuldigung wegen der Verspätung meines Referates. Von Anfang des Jahres an war von den beiden Mitgliedern der III. Abteilung des Bundesgerichtes eines erkrankt, weshalb ich mit Arbeit überhäuft war und erst in der zweiten Hälfte meiner Gerichtsferien mein Referat ausarbeiten konnte.

Mit den Thesen des Korreferenten bin ich im wesentlichen einverstanden.

Nur ein Punkt erweckt mein Bedenken: die Aufstellung einer einzigen kantonalen Instanz für Beschwerdesachen. Ich frage mich, ob dann die Geschäftslast des Bundesgerichtes nicht allzu gross würde.

Monsieur le co-rapporteur *Bertoni*, avocat, à Lugano, s'exprime dans les termes suivants:

En ce qui concerne la procédure en matière de poursuite pour dette et de faillite il n'existe encore aucune conformité entre les instances fédérale et cantonales. Il est vrai qu'en vue d'obtenir cette conformité, quelques cantons ont déjà entrepris des démarches, mais il reste encore beaucoup à faire dans ce domaine.

La discussion sur la revision des lois fédérales concernant la responsabilité civile des fabricants nous a valu un vote

traitant de l'utilité qu'il y aurait à simplifier la procédure en matière de responsabilité civile. Mais, de plus en plus nous voyons dans tous les domaines, la nécessité, sinon de subordonner du moins de conformer le droit cantonal au droit fédéral. La même conformité qu'en matière de procédure devrait être recherchée en matière d'organisation judiciaire. Ce but pourrait en partie être poursuivi à l'occasion de l'unification des organisations cantonales, et c'est ici que les juristes devraient faire valoir leur influence. Le même but pourrait être atteint au moyen d'un congrès convoqué par le Chef du Département fédéral de justice et police.

Constatons ici que les cantons eux-mêmes ont un grand intérêt à améliorer leurs organisations judiciaires, et que l'unification pourrait se faire de cette façon, sans qu'il fût nécessaire d'attendre une loi fédérale. Parmi les représentants de l'industrie et du commerce, on est surtout préoccupé des inconvénients du système de la triple instance en matière de poursuite pour dettes et de faillite. — Raison de plus pour réformer l'organisation. Les cantons devraient établir les principes à sanctionner par la future loi fédérale.

Quelques points cependant peuvent être fixés dès aujourd'hui. C'est ainsi que les jugements en matière de mainlevée d'opposition devraient être susceptibles d'un appel au Tribunal fédéral.

Monsieur le premier rapporteur a déjà touché un autre point sur lequel la réorganisation devrait porter: la difficulté de savoir, dans chaque cas, si c'est les autorités judiciaires ou les autorités administratives auxquelles il faut s'adresser pour obtenir l'annulation d'une décision. Mais il y a encore d'autres difficultés: celle de la répartition des rôles de demandeur et de défendeur, puis celle du fardeau de la preuve, et la question de la détention d'objets. Toutes ces questions sont souvent jugées par des nonjuristes.

Pour la réalisation des désirs de Monsieur le rapporteur, il ne suffit pas de changer les législations cantonales, mais il faut aussi savoir dans quelle mesure elles doivent être changées.

La troisième thèse de Monsieur le rapporteur touche encore quelques points qui auraient besoin de réforme: ainsi il devrait exister une définition uniforme de ce que la loi fédérale entend par „intenter action“; de même la compétence des tribunaux en raison du lieu devrait être réglée.

Il a déjà été démontré combien il serait désirable que chaque canton possédat une seule instance supérieure, pour juger d'une part les recours, et d'autre part les actions judiciaires soumises à la procédure accélérée.

En somme, s'il est vrai qu'on ne doit pas trop souvent mettre en mouvement la machine législative, nous sommes toutefois de l'avis de Monsieur Roguin, qui aurait voulu une disposition constitutionnelle ordonnant la revision périodique de toutes les lois concernant la procédure.

VI.

Präsident Bundesgerichtspräsident Dr. *Winkler*. Wir schreiten nun zur Wahl des Vorstandes. Es kommen von den bisherigen Mitgliedern nicht mehr in Frage: Herr Bundesrichter Soldan, der gestorben ist, Herr Bundesrichter Perrier und der Sprechende, die eine Wiederwahl ablehnen.

Wahl: Es werden in geheimer Abstimmung gewählt, zum Präsidenten: Herr Alt-Bundesrichter *Leo Weber*, zu Mitgliedern des Vorstandes: die Herren Bundesanwalt *Otto Kronauer*, Bern; Oberrichter *Albert Ursprung*, Zurzach; Dr. *Rud. Morel*, Advokat, St. Gallen; Bundesrichter Dr. *Favey*, Lausanne; Prof. Dr. *Fleiner*, Basel; Advokat Dr. *Lefort*, Genf.

VII.

Wahl des Versammlungsortes für 1902. Präsident: In erster Linie hatte sich Lausanne bereit erklärt. Nun ist aber auch von Herrn Adalbert Wirz, Landstatthalter in Sarnen, eine Einladung ergangen. Da es immer als Prinzip galt, diejenigen Orte vorzugsweise zu berücksichtigen, wo die Versammlung noch nie stattgefunden hat, schlägt der Vorstand Sarnen als Versammlungsort vor. Uebrigens haben sich die

Lausanner bereit erklärt, zurückzutreten, da sie selbst es vorziehen, den Juristenverein erst 1903 zu empfangen.

Abstimmung: Einstimmig wird Sarnen als nächstjähriger Versammlungsort bestimmt.

VIII.

Diskussion über die Revision des Schuldbeitreibungs- und Konkursgesetzes.

Prof. *Reichel* (Bern). Man scheint das Betreibungs- und Konkursrecht als eine Art Geheimlehre anzusehen. Die Folge davon ist, dass man sich selten mit diesen Fragen befasst. Man kommt dazu, zu sagen, das Betreibungsrecht sei etwas ganz besonderes, das mit dem übrigen Recht nichts zu thun habe. Dies ist unrichtig. Aber gerade die Anträge der Referenten gehen dahin, dieses Spezialistentum im Betreibungswesen noch auszudehnen und alles, was mit Betreibung zusammenhängt, einer besonderen Behörde sowohl in den Kantonen, als im Bund zu übergeben.

Man denkt dabei nicht, dass eine ganze Reihe von Materien des Betreibungsrechtes reines Privatrecht sind, so die Bestimmungen betreffend die Anfechtungsklage, das materielle Konkursrecht, etc.

Besonders habe ich Bedenken dagegen, dass eine einzige Behörde für alle Betreibungs- und Konkurssachen geschaffen werden soll. Dies würde eine vollständige Umwälzung der ganzen Gerichtsorganisation in vielen Kantonen zur Folge haben. Denn viele Kantone haben wie z. B. für die Anfechtungsklage gar keine besondere Organisation geschaffen, sondern der Prozess bewegt sich im ordentlichen Verfahren.

Was die Kompetenzausscheidung zwischen Gerichten und Betreibungsbehörden anbetrifft, so bin ich damit einverstanden, dass dieselbe nicht zu den glücklichsten Partien des bestehenden Gesetzes gehört. Oft ist es schwierig, zu entscheiden, welche Behörde zuständig ist; aber diese Schwierigkeit würde nicht ohne weiteres dadurch gehoben, dass man eine einzige Behörde bestellen würde; denn die Schwierigkeiten liegen ja in der Art des Verfahrens.

Ueber die Frage, ob es notwendig sei, an der Organisation des Bundesgerichtes eine Aenderung zu treffen, steht mir ein Urteil eigentlich nicht zu; indessen glaube ich doch, dass sich die Schwierigkeiten ohne Vermehrung der Mitgliederzahl heben liessnn.

Obergerichtspräsident Dr. *Heuberger* (Aarau). Man ist Herrn Bundesrichter Dr. Bachmann zu grossem Dank für seine Arbeit verpflichtet. Seine Ausführungen sind derart, dass ich jede Seite seiner Arbeit mit mehreren praktischen Fällen belegen könnte. Trotzdem halte ich es nicht für zweckmässig, schon jetzt eine Revision anzustreben, da andere Reformen dringender sind. Es genügt, die zu revidierenden Punkte zu besprechen.

Ein revidiertes Gesetz müsste auch Bestimmungen über die Anordnung der Betreibungs- und Konkurs-Kreise in den Kantonen enthalten.

Die Schaffung einer einzigen kantonalen Instanz für alle Betreibungssachen halte ich mit Herrn Prof. Reichel für unmöglich.

Gerichtspräsident Dr. *Brodbeck* (Basel). Ich bin mit Bezug auf die Mängel des Betreibungs- und Konkursgesetzes und die zu treffende Abhülfe nicht der gleichen Meinung wie Herr Dr. Heuberger. Man sollte nicht lange zuwarten, man sollte vielmehr in solchen Gesetzen geradezu die Bestimmung aufnehmen, dass von Zeit zu Zeit eine Revision stattzufinden habe. Für baldige Revision spricht auch ein politischer Grund:

Je länger man wartet, je mehr Revisionspunkte sich an-sammeln, desto grösser wird die Gefahr, dass das revidierte Gesetz verworfen werde. Ich schlage daher vor, eine allgemeine Resolution im Sinne der Revisionsbedürftigkeit des Gesetzes zu fassen.

Präsident: Die allgemeine Diskussion ist geschlossen. Ich erteile den Herren Referenten das Wort zu Schlussbemerkungen.

Referent Bundesrichter Dr. *Bachmann*. Trotzdem ich eine Revision wünsche, bin ich für Zuwarten. Denn immer noch gelangen an die bundesgerichtliche Kammer sehr viele Fälle von ganz prinzipieller Bedeutung. Man sollte abwarten, bis

diese Fälle nicht mehr so häufig sind. Mit meinem Referat wollte ich nur Material schaffen für die Behörden, die später revidieren sollen.

Gegen die Ausführungen von Herrn Professor Reichel bemerke ich, dass ich nicht einer Behörde alles, was mit Betreibung zusammenhängt, übertragen will. Doch bin ich für eine Verbindung von Konkursgericht und Nachlassbehörde, Aufsichtsbehörde und Rekursbehörde gegen Rechtsöffnung. Ich dachte mir, dass das Gericht die Funktionen einer Aufsichtsbehörde wohl übernehmen könnte. Wenn z. B. bei einer Pfändung civilrechtliche Fragen in Betracht kämen, so würde der Ausschuss, der gewöhnlich als Aufsichtsbehörde funktioniert, den Fall dem Gesamtgericht überweisen.

Correferent *Bertoni*. Si, dans ma seconde thèse, j'ai demandé que l'autorité judiciaire appelée à trancher les contestations, en matière de poursuite pour dettes et de faillite, fût organisée en une seule instance, je n'ai voulu exclure par là qu'une pluralité d'autorités judiciaires cantonales subordonnées et non d'autorités coordonnées. Ainsi les cantons seraient libres de désigner comme première instance les tribunaux de district; mais alors c'est le Tribunal fédéral qui devrait partout être nanti en seconde instance.

En ce qui concerne l'admissibilité d'une réforme générale de la loi fédérale, il me semble qu'après avoir appliqué cette loi pendant dix ans, on peut bien songer à la reviser, sans s'exposer pour cela au reproche d'agir précipitamment. C'est bien autre chose lorsqu'un code civil a établi un principe; en matière de droit civil, les intérêts des citoyens se groupent immédiatement autour de toute nouvelle institution, mais tel n'est pas le cas pour les innovations en matière de procédure.

Il est vrai que l'unification dans le sens des considérations ci-dessus n'irait pas sans quelques sacrifices à faire par les cantons dans l'intérêt de la centralisation. Aujourd'hui encore il arrive que les tribunaux cantonaux, en rédigeant leurs arrêts, peuvent embrouiller la matière au point que le Tribunal fédéral se trouve dans l'impossibilité de se prononcer.

Präsident: Die Diskussion ist geschlossen.

Ich spreche den Referenten und Korreferenten beider Tage, sowie den Herren, die sich an der Diskussion beteiligt haben, den Dank des Vereins aus.

IX.

Anbringung persönlicher Bemerkungen.

M. *de Riedmatten* rappelle que l'année dernière, on avait invité le Comité à faire une étude de législation comparée en vue de l'unification de la procédure civile en Suisse. Il demande si les rapports des deux juristes chargés de ce travail peuvent être présentés à la prochaine réunion annuelle, et, dans ce cas, il propose de les faire imprimer.

Präsident: Die Anregung des Herrn Riedmatten hat in der Verhandlung in St. Gallen auf Vorschlag des Vorstandes zu der bekannten Resolution geführt. Falls er wünscht, dass der Wortlaut seiner früheren Anregung als Nachtrag ins Protokoll aufgenommen werde, wird dem nichts entgegenstehen.

Die Versammlung ist hiemit stillschweigend einverstanden.

Der Wortlaut der von Herrn *de Riedmatten* beantragten Resolution ist folgender:

PROJET DE RESOLUTION.

L'assemblée des Juristes Suisses prie respectueusement les Autorités fédérales, de bien vouloir faire élaborer, concurremment avec le code civil et le code pénal suisse:

1^o Un projet de code de procédure civile;
2^o Un projet de code d'instruction criminelle;
3^o Un projet de code d'organisation judiciaire, la nomination des juges restants aux cantons;

4^o Une révision de la loi Poursuites et Faillites, qui formera naturellement la seconde partie du code de procédure civile à élaborer, et qui s'harmonise avec la nouvelle organisation judiciaire;

Afin que ces différents codes puissent être autant que possible promulgués en même temps, et forment enfin pour la Suisse, comme dans tous les pays modernes, un ensemble législatif concordant, durable, définitif,

une révision constitutionnelle qui le permette sera provoquée en son temps.

Der Präsident erinnert an seine bezügliche Mitteilung bei Beginn der Verhandlungen.

Oberrichter Dr. Schurter. Es ist jedenfalls unmöglich, das Projekt schon in einem Jahre vorzulegen.

Präsident: Ich spreche dem Verein meinen Dank aus für das Zutrauen und die Nachsicht, die er mir während drei Jahren entgegengebracht hat, und erkläre die Versammlung als geschlossen.

Schluss der Sitzung 11 Uhr 55 Min.

